

Das Magazin der GIZ

akzente

Europa

Gemeinsam an der Zukunft bauen

WEITERE THEMEN:

Bildung: Was junge Malaysier nach Deutschland zieht

Wirtschaft: Wie Fachkräfte in Chile Türen öffnen

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

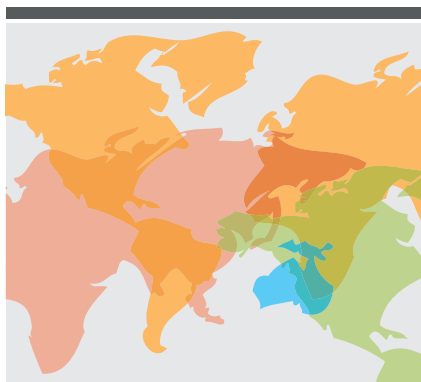




12 **EUROPA:** Eine „Friedensmaschine“ hat Jean-Claude Juncker Europa genannt. Aber wie sieht die Zukunft Europas und der EU – hier das Parlament in Straßburg – aus?



31 **SÜDOSTASIEN:** Neue Lebensgrundlagen zehn Jahre nach dem Tsunami



giz UNTERNEHMENSPROFIL

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bietet nachhaltige und wirksame Lösungen für politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse. Das Bundesunternehmen hat über 16.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist in mehr als 130 Ländern aktiv.

www.giz.de

EXPONIERT

8 Erfolgreich im Landle
Baden-Württemberg und Malaysia kooperieren seit mehr als 15 Jahren bei der Ausbildung malaysischer Ingenieure.

AKZENTUIERT

12 Europa
Unvollendete Vision

Im Fokus: Europa kann nur gemeinsam bestehen. Doch in zentralen Fragen ringen die Partner noch um tragfähige europäische Antworten.

Im Interview: Angela Filote, Vertreterin der EU-Kommission in Rumänien

Im Überblick: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

In Zahlen: Europa – Zielort von Migranten, Startplatz für Energiereformen

KOMMENTIERT

24 Integration: Modell Europa
Gilbert Khadiagala über die Bedeutung der Europäischen Union für die regionale Integration Afrikas

ENGAGIERT

28 Türöffner mit Weitblick
Arbeit an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung

31 Zehn Jahre danach
Wie zehn Jahre nach dem Tsunami neue Strukturen entstanden sind.

34 Drängende Fragen
Der Hunger in der Welt bleibt trotz vieler Erfolge eine globale Herausforderung.

36 Arbeit an der Zukunft
Afghanistan nach dem Abzug der Bundeswehr – Besuch in Badakhshan



36 AFGHANISTAN: Geschichten der Zuversicht aus Badakhshan

40 Anwältin der Frauen

Nino Elbakidze setzt sich in Georgien für die Rechte von Frauen ein.

ERKLÄRT

42 Direkt bei den Menschen

Als Berater auf Zeit bringen die Entwicklungshelfer der GIZ ihr Fachwissen ein.

VORGESTELLT

46 Jasmin Freischlad, Verwaltungsreform-Expertin

WEITERE RUBRIKEN

- 4 informiert: Nachrichten, nachgehalten
- 26 fotografiert: Weißes Gold
- 44 Service: Medien- und Veranstaltungstipps
- 47 Autoren und Fotografen dieser Ausgabe, Impressum, Vorschau

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

vor mehr als einem halben Jahrhundert haben Robert Schuman und die anderen Väter Europas den Grundstein gelegt. Seitdem befindet sich das gemeinsame Haus Europa im Bau. Es musste oder, besser gesagt, durfte seitdem viele Male angebaut, erweitert und nachgebessert werden. Wie weit ist der Bau heute gediehen? Buddeln wir noch, gießen wir Beton in die Schalung oder suchen wir schon die Möbel aus? Muss der Bauplan angepasst werden? Stimmt die Statik noch? Wie solide ist das Fundament? Euroskeptiker, die heute wieder zahlreicher werden, würden gar bezweifeln, dass es ein gemeinsames Fundament gibt.



Die Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Hauses Europa steht und fällt auch mit der Nachbarschaft – in Zeiten der Globalisierung meint das nicht nur „die von nebenan“. Wird die Welt von Konflikten oder Katastrophen erschüttert, trifft das auch Europa. Sicherheit, Klima, Energie – Europas Glaubwürdigkeit beginnt in Mali, in Bangladesch und in Brasilien.

Unser Schwerpunktartikel betrachtet den aktuellen Stand des Bauwerks Europa und weist auf Herausforderungen hin, mit denen die Union nach innen wie nach außen zu tun hat. Der Kommentar des Kenianers Gilbert Khadiagala zeigt, dass die EU Modell steht für die Architektur anderer regionaler Bündnisse. Im Interview betont Angela Filote, die Vertreterin der EU in Rumänien, dass die Beziehungen im verflixten siebten Ehejahr vertrauter und enger werden.

Unsere Reportagen aus dem Ausland führen Sie diesmal nach Chile und Afghanistan. Eine Fotoreportage aus Georgien zeigt, wie Frauenrechte gestärkt werden. Darüber, wie die Menschen in Südostasien nach den Flutwellen des Tsunamis wieder zu ihren Personalakten und Geburtsurkunden kamen, berichten wir außerdem.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre

Dorothee Hutter
Leiterin Unternehmenskommunikation

Deutschland und China bekräftigen Zusammenarbeit bei E-Mobilität

INNOVATION Im Rahmen ihrer siebten China-reise startete Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juli gemeinsam mit dem chinesischen Minister für Industrie und Informationstechnologie, Miao Wei, ein von der GIZ koordiniertes Projekt zur Elektromobilität.

Elektromobilität ist ein wesentliches Thema der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und China und ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit im Bereich Innovation. Ziel ist es, dass private Käufer von Elektroautos in China eine besonders effiziente und sichere Möglichkeit bekommen, Fahrzeuge zu laden. Der Mangel an geeigneten Ladestationen hemmt derzeit die Entwicklung der Elektromobilität in China. „Es geht natürlich darum, dass wirklich eine Akzeptanz der Elektromobilität gefunden wird“, sagte die Bundeskanzlerin.

Von den deutschen Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit wurde die GIZ damit beauftragt, das gemeinsame Projekt zu koordinieren. Partner aus der Wirtschaft sind vier deutsche und



Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte in Peking die deutsch-chinesische Kooperation vor.

fünf chinesische Autohersteller – zusätzlich zu renommierten wissenschaftlichen Partnern aus China und Deutschland sowie politischen Unterstützern auf nationaler und lo-

kaler Ebene. Die Ergebnisse und Empfehlungen aus der ersten Phase des wegweisenden Projekts werden gegen Ende dieses Jahres erwartet.

100.000

NETZWERKER in 190 Ländern nutzen bereits das Alumniportal Deutschland. Die Plattform richtet sich vor allem an Menschen, die in Deutschland studiert, geforscht oder gearbeitet haben. Mit Hilfe des sozialen Netzwerks gewinnen sie neue Kontakte, tauschen sich über spannende Projektideen aus und bleiben auf diese Weise mit Deutschland in Verbindung. Im August ist dem Alumniportal das 100.000ste Mitglied beigetreten.

www.alumniportal-deutschland.de

Umweltpreis: engagiert für Nachhaltigkeit

AUSZEICHNUNG Der B.A.U.M. Umweltpreis 2014 wurde an Tanja Gönner verliehen. Die Vorstandssprecherin der GIZ bezeichnete die Ehrung als „eine große Anerkennung des Engagements und der Arbeit der GIZ in Sachen Nachhaltigkeit“. Seit 30 Jahren zeichnet der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management jährlich Menschen aus, die Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen und Organisationen erfolgreich verantworten und umsetzen. Die studierte Juristin Gönner steht seit langem für ein solches Engagement, sei es als ehemalige Umweltministerin Baden-Württembergs, sei es als Gründungsmitglied des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, wo sie sich für das Thema stark machte.

Für die GIZ ist Nachhaltigkeit Auftrag und Verpflichtung zugleich. „Nachhaltigkeit ist Kern unserer Dienstleistungen in der ganzen Welt“, sagte Gönner. „Wir bieten unseren Partnern und Auftraggebern zukunftsfähige Lösungen an. Gleichzeitig leben wir das, was wir vor Ort anbieten. Es ist uns wichtig, auch als Unternehmen nachhaltig zu agieren.“


www.baumev.de

Starthilfe für junge Ingenieure

FACHKRÄFTE Drei Monate lang paukten 30 angehende Ingenieure aus Indien, Vietnam und Indonesien in ihren Heimatländern deutsche Grammatik und Vokabeln. Im September war das Ziel erreicht: ein Praktikum in einem deutschen Unternehmen. Die Absolventen verschiedener MINT-Fächer wie Elektrotechnik oder Maschinenbau sind Teilnehmer von „Make it in Germany“, einem Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. „Deutschland fehlen qualifizierte Fachkräfte“, sagt Reinhild Ernst von der GIZ. „Um weltweit talentierte Menschen für eine Karriere in Deutschland zu begeis-

tern, unterstützen wir das Willkommensportal ‚Make it in Germany‘ im Rahmen der Fachkräfteoffensive der Bundesregierung.“

Vor dem Praktikum erwartete die jungen Leute noch ein Intensivkurs im Kolping-Bildungswerk in Stuttgart, wo sie einen Monat lang neben Technikbegriffen und dem Verhalten in der Arbeitswelt auch lernten, sich zielgerichtet und erfolgreich zu bewerben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierte den Kurs mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds.

 www.make-it-in-germany.com



Sie freuen sich auf ein Praktikum in deutschen Unternehmen: junge Fachkräfte aus Indien, Vietnam und Indonesien.

Justizreform im Kaukasus fördern

RECHTSSTAATLICHKEIT In Berlin trafen sich zum dritten Mal Juristinnen und Juristen aus Georgien, Aserbaidschan und Armenien, die im Alumni-Netzwerk „Transformation Lawyers“ zusammengeschlossen sind. Sie sind ehemalige Teilnehmer der gleichnamigen Winterakademie, die erstmals 2009 in Berlin stattfand. Das dreiwöchige Seminar, von der GIZ gemeinsam mit der Hertie School of Governance und der Bucerius Law School organisiert, ist ein Baustein der Rechts- und Justizreformberatung im Südkaukasus und Teil der Kaukasus-Initiative der Bundesregierung. Viele der rund 130 Absolventen der Winterakademie und jetzigen Netzwerker sind Angestellte der Justizministerien und



höchsten nationalen Gerichte in den drei Ländern des Südkaukasus und somit direkt an der Umsetzung von Reformen beteiligt. Darüber hinaus verbessert das Netzwerk, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wird, die grenzüberschreitende Verständigung zu Themen der Rechtsstaatlichkeit.

> NEUE PROJEKTE

Riester-Rente

DR KONGO Das deutsche Riester-Modell soll in der Demokratischen Republik Kongo eingeführt werden. Ziel ist es, eine Pensionskasse für kongolesische Beamte im ganzen Land zu schaffen. GIZ International Services wurde vom kongolesischen Ministerium für Öffentlichen Dienst und von der Weltbank mit der Einführung der Rentenkasse beauftragt.

Sozialstandards

BANGLADESCH Die Lidl Stiftung setzt ihre Zusammenarbeit mit GIZ International Services in Bangladeschs Textilsektor fort. Es wurde ein Folgeauftrag über 7,1 Millionen Euro unterschrieben. Von 2014 bis 2016 werden 15 Zulieferbetriebe unterstützt. Neben Sozialstandards, Brandschutz und Arbeitergesundheit liegt ein Schwerpunkt des Projekts auf der Förderung von Frauen.

Bedrohte Inseln

PAZIFIK Mit dem Programm „Klimawandel in der pazifischen Inselregion“ unterstützt die GIZ seit 2009 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Menschen in zwölf Inselstaaten dabei, sich auf die gravierenden Veränderungen ihres Alltags durch den Klimawandel vorzubereiten. Nun stellt die EU-Kommission bis Ende 2018 rund 19 Millionen Euro unter anderem zur Ausweitung des Programms auf die Cookinseln, Niue und Timor-Leste bereit. Hinzu kommt eine Million US-Dollar von der United States Agency for International Development für Projektarbeit auf den Salomonen.



Hochrangige Teilnehmer: der frühere Bundespräsident Horst Köhler, GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner und GIZ-Aufsichtsratsvorsitzender Staatssekretär Friedrich Kitschelt (von links)

Post-2015-Agenda: „Geist des Miteinanders“

ENTWICKLUNGSZIELE Im Jahr 2015 endet die Frist für die Millenniumsentwicklungsziele, die sich die Vereinten Nationen vor rund 15 Jahren gesetzt haben. Nun verhandelt die Weltgemeinschaft über neue – realistische und zugleich ambitionierte – Ziele für nachhaltige Entwicklung: die Post-2015-Agenda. Die GIZ richtete aus diesem Anlass gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Mai die Konferenz „Globale Partnerschaft und die Post-2015-Agenda für

nachhaltige Entwicklung“ aus. Internationale Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft thematisierten auch den Paradigmenwechsel der Entwicklungszusammenarbeit hin zu einer globalen Partnerschaft. „Die internationale Politik braucht einen neuen Geist des Miteinanders und ein neues Leitmotiv der Zusammenarbeit“, forderte der frühere Bundespräsident Horst Köhler, der die Eröffnungsrede hielt. „Sie braucht den Geist und das Leitmotiv der Partnerschaft.“

Berufliche Bildung: preisgekrönt in Pakistan

AUSZEICHNUNG Das Programm zur Berufsbildung der GIZ in Pakistan wurde mit dem Achievement Award in Gold der Vereinigung der pakistanischen Industrie- und Handelskammern ausgezeichnet. Die Achievement Awards sind die höchste Auszeichnung Pakistans im privaten Sektor und werden verliehen für außerordentliche Verdienste im sozio-ökonomischen Bereich sowie im Bereich der Corporate Social Responsibility. Überreicht wurde der Preis vom pakistanischen Präsidenten Mamnoon Hussain in der Wirtschaftsmetropole Karatschi.

Das Programm im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird von der EU und der niederländischen Botschaft in Pakistan mitfinanziert und läuft in enger Kooperation mit der pakistanischen Berufsbildungsbehörde.

In der Begründung für die Auszeichnung wurde der Beitrag des Programms zu den Bemühungen um eine Reform des Berufsbildungssektors hervorgehoben. Darüber hinaus wurde besonders gewürdigt, dass das Programm einen starken Fokus auf die Einbeziehung des privaten Sektors legt.

Nachhaltiges Palmöl

ROHSTOFFE Jedes Jahr wird mehr Palmöl produziert und verbraucht. Um Mensch und Umwelt damit nicht zu schaden, tritt das Forum Nachhaltiges Palmöl für die Produktion von Palmöl gemäß strengen Richtlinien ein. Diese sollen die Erhaltung von Regenwäldern, eine Verminderung von CO₂-Emissionen sowie den Schutz der Bevölkerung in den Produzentenländern gewährleisten. Das Forum ging aus einer Initiative der Unternehmen Henkel, Rewe und Unilever sowie des World Wide Fund for Nature hervor und wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanziell gefördert.

Die GIZ betreibt im Auftrag des Ministeriums sowie der beteiligten Firmen das Sekretariat des Forums, welches dessen Arbeit koordiniert und unterstützt. Ziel ist es, dass möglichst schnell ausschließlich zertifiziertes Palmöl in deutschen Produkten verwendet wird. Die bisher 34 Mitglieder haben sich bereits dazu verpflichtet und wollen spätestens Ende 2014 so weit sein.

Festival da Bola

SPORT Während der Fußball-WM besuchte Bundesinnenminister Thomas de Maizière das „Festival da Bola“ in Porto Alegre. Es ist Teil eines Projekts, das die GIZ gemeinsam mit dem Deutschen Fußball-Bund und brasilianischen Partnern durchführt. Der Sport soll jungen, durch Drogenmissbrauch und häusliche Gewalt gefährdeten Menschen helfen, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Thomas de Maizière mit Festivalteilnehmern



Grüne Logistik

MOBILITÄT Wachsender Welthandel, Staus, Abgase, Klimawandel, hohe Unfallzahlen und sich wandelnde Anforderungen an Mobilität und Logistik erfordern innovative, globale Ansätze. Die German Partnership for Sustainable Mobility (GPSM) bietet sich als Lotse an, um das Know-how und die vielfältigen Lösungsansätze zu nutzen, die in den Bereichen nachhaltige Mobilität und grüne Logistik derzeit aus Deutschland kommen. Als Plattform für den Austausch von Wissen, Expertise und Erfahrungen unterstützt die GPSM den Übergang zu nachhaltigen Konzepten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die GPSM, die sich in der Gründungsphase befindet, ist eine Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Auch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Auswärtige Amt unterstützen die Initiative.

www.german-sustainable-mobility.de

Vernetzte Städte

URBANITÄT Die neue Online-Plattform „Connective Cities“ will eine nachhaltige Stadtentwicklung durch weltweiten Erfahrungsaustausch fördern. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mittlerweile in Städten – Tendenz steigend. Viele Städte haben besonders stark mit Armut sowie mit Umweltproblemen zu kämpfen. Mit Hilfe der Initiative sollen zukünftig von innovativen Lösungen in einer Stadt auch andere Orte profitieren können. Kooperationspartner von „Connective Cities“ sind der Deutsche Städtetag und Engagement Global, Auftraggeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

www.connective-cities.net



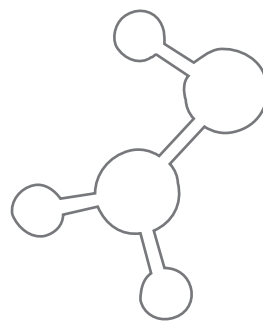
KOOPERATION MIT GUTER ERNTE

Höhere Erträge für Obst- und Gemüsebauern, bessere Versorgung für Verbraucher

- **Projekt:** Unternehmensförderung im Obst- und Gemüsesektor im Norden von Bosnien und Herzegowina
- **Auftraggeber:** Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit der Schweiz (DEZA)
- **Laufzeit:** 2000 bis 2009

DAMALS In Bosnien und Herzegowina begann 1995, zeitgleich mit der Gründung des Staates in seiner heutigen Form, ein doppelter Transformationsprozess: einerseits der Wandel von einer Zentralverwaltungs- zu einer Marktwirtschaft, andererseits der Wiederaufbau des nach dem Bosnienkrieg 1992 bis 1995 stark zerstörten Landes. Von 2000 bis 2009 unterstützte die GIZ den traditionell wichtigen Obst- und Gemüsesektor mit dem Ziel, die Produktion und den Absatz von hochwertigen Waren nachhaltig zu steigern. Auch sollten die Bevölkerung mit mehr Obst und Gemüse versorgt und der Gewinn der Erzeugerbetriebe erhöht werden. Dazu wurde unter anderem ein Beratungssystem aufgebaut, zudem ermöglichte man Finanzierungen und Fortbildungen. Die Abwanderung junger Erwachsener sollte außerdem durch neue Einkommensmöglichkeiten gestoppt werden.

HEUTE Das Projekt hat dazu beigetragen, die Obst- und Gemüseproduktion zu erhöhen, wie eine 2013 durchgeführte Evaluierung belegt. Durch die Ausweitung der Erzeugung wurde auch die Versorgung der Verbraucher mit Obst und Gemüse verbessert. Die Bruttoerlöse der Produzenten sind gestiegen. Durch das Projekt eingeführte landwirtschaftliche Beratungsringe haben sich über das Projekt hinaus etabliert. Junge Menschen wanderten, wie erhofft, nur in unbedeutendem Umfang aus der Region ab.

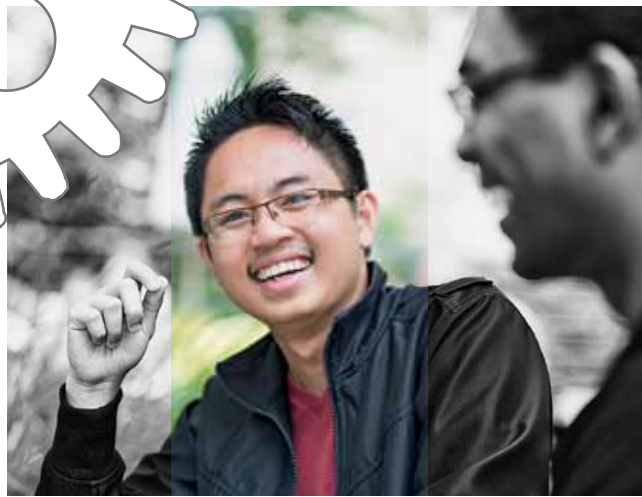
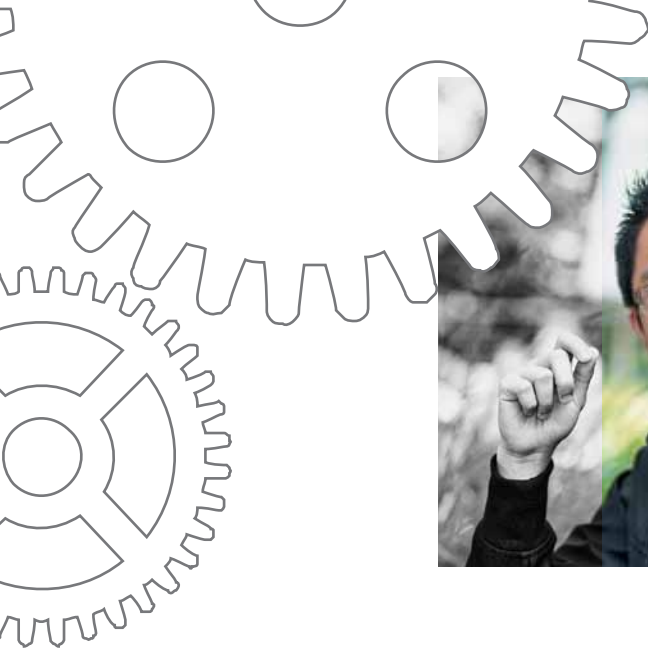


ERFOLGREICH IM LÄNDLE

Baden-Württemberg und Malaysia kooperieren seit mehr als 15 Jahren bei der Ausbildung malaysischer Ingenieure. Rund 90 Prozent der Stipendiaten an schwäbischen Hochschulen schaffen den Abschluss - eine geradezu unerhört hohe Erfolgsquote.



Mohd Razip (links) und Sivanesan sind Stipendiaten des begehrten Malaysia-Hochschulprogramms Baden-Württemberg.



Malasias Ingenieure von morgen werden in Deutschland ausgebildet.



Text Beate Wörner **Fotos** Johannes Wosilat

Ein junger Mann setzt sich mit einem fröhlichen Grinsen im Gesicht an den Tisch eines Gartencafés am Rande der Aalener Innenstadt. Es ist Mohamad Amirul Ashraf Mohd Razip, genannt Chup. Er hat gerade eine mehrstündige Klausur in Anorganischer Chemie geschrieben – man sieht ihm an, dass es gut gelaufen ist.

Chup ist 22 Jahre alt und studiert im dritten Semester Chemie an der Aalener Hochschule. Auch Abiman Sivanesan ist hier eingeschrieben. Der 24-Jährige macht in diesem Wintersemester seinen Abschluss als Bachelor im Studiengang Maschinenbau. Er würde im Anschluss gerne noch ein Masterstudium aufnehmen, um seinem Traumjob einen Schritt näher zu kommen: Ingenieur auf einer Bohrinsel. Die beiden jungen Männer kommen aus Malaysia und erhalten ein Stipendium der malaysischen Regierung, das ihnen das Studium in Deutschland ermöglicht. „Wer in diesem Programm drin ist, hat viel Glück gehabt“, sagt Sivanesan.

Schon 650 Absolventen

Chup und Sivanesan wurden nach dem Real schulabschluss in ihrer Heimat in das Malaysia-Hochschulprogramm Baden-Württemberg aufgenommen, das auf einer Kooperation zwischen Malaysia und Baden-Württemberg gründet. Seit im Jahr 1999 die ersten malaysischen Studierenden ins Ländle kamen, haben

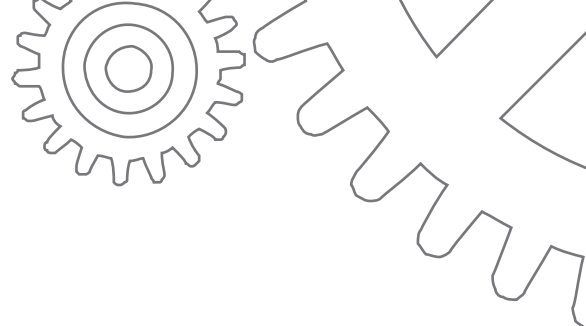
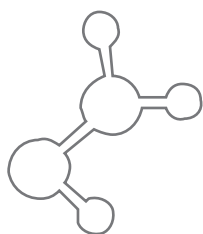
bereits rund 650 junge Männer und Frauen erfolgreich ihre Ingenieurausbildung an den 13 beteiligten baden-württembergischen Hochschulen absolviert.

Praxis ist Trumpf

Malaysia lässt seine Ingenieurselite ganz bewusst in Deutschland ausbilden, erläutert Konsul Syarqawi Muhammad. Er ist beim malaysischen Generalkonsulat in Frankfurt für das Programm verantwortlich. „Deutschland ist für seinen Maschinenbau und seine Ingenieurwissenschaften bekannt. Unsere jungen Leute sollen von diesem Wissen und dieser Erfahrung profitieren. Ganz wichtig für uns ist aber auch das Ausbildungssystem an den deutschen Hochschulen. Es ist sehr praxisorientiert. Die Studierenden müssen für ein halbes Jahr in einen Betrieb und können dort praktische Erfahrung sammeln, die für sie sehr wertvoll ist.“

Wie wertvoll das Ingenieursstudium in Malaysia ist, erklärt die Studentin Patricia Ting. „Bei uns wird großer Wert darauf gelegt, dass man entweder ein Medizin- oder Ingenieursstudium macht“, sagt sie. „Das gilt als gesellschaftlicher Erfolg.“ Die 26-jährige Lehrerstochter studiert an der Universität Stuttgart Maschinenbau. Im nächsten Semester schreibt sie ihre Masterarbeit.

Die Vorbereitung auf das Studium in Deutschland dauert zweieinhalb Jahre. Die »



Stipendiaten haben Unterricht in Fächern wie Mathematik, Physik oder Englisch, vor allem aber müssen sie während dieser Zeit so viel Deutsch lernen, dass sie an den Hochschulen hier studieren können.

Erfolg durch Betreuung

Chup, Abiman Sivanesan, Patricia Ting und die anderen Stipendiaten des Malaysia-Hochschulprogramms Baden-Württemberg sind in einer komfortablen Situation. An den Hochschulen gibt es Tutoren für sie, die ihnen bei

Ting schreibt bald ihre Masterarbeit.



Problemen weiterhelfen, Nachhilfeunterricht organisieren oder sie bei der Suche nach einem Praktikumsbetrieb unterstützen.

Die GIZ koordiniert das Malaysia-Hochschulprogramm im Auftrag des Landes Baden-Württemberg und der malaysischen Regierung und betreut die Stipendiaten schon vor ihrer Einreise nach Deutschland. Visum, Krankenversicherung, Einrichtung eines Bankkontos – alles wird bereits vorab erledigt. In einem dreiwöchigen Integrationskurs werden die Neuankömmlinge auf ihr Leben in Deutschland vorbereitet. „Das war für mich ein echtes Highlight, dieser Kurs“, schwärmt Sivanesan noch heute. „Wir haben viel über Deutschland und seine Kultur gelernt, auch über Dinge wie Wäschewaschen.“ Wie man eine Banküberweisung online vornimmt oder mit Bus und Bahn zum Ziel kommt, diese Fragen stehen ebenfalls auf dem Programm des Integrationskurses. Auf ihn folgt ein sechswöchiger Vorbereitungskurs in technischer Sprache an drei beteiligten Hochschulen. Dieser Kurs hat neben der fachlichen Vorbereitung auf das Studium auch eine langsame Gewöhnung an die deutschen Hochschulverhältnisse zum Ziel.

„Wir bekommen sehr viel Unterstützung“, erklärt Sivanesan. „Sehr hilfreich war für mich der Bewerbungskurs. Da haben wir zum Beispiel gelernt, wie man in Deutschland einen Lebenslauf schreibt und wie man sich bei einem Vorstellungsgespräch verhält.“ Sivanesan hat sein neu erworbenes Wissen bei der Suche nach einem Unternehmen für sein Praxissemester erfolgreich angewandt.

Die intensive Betreuung der Studierenden lohnt sich. Mehr als 90 Prozent der Stipendiatinnen und Stipendiaten schließen erfolgreich ihr Bachelorstudium ab, etwa die Hälfte von ihnen macht anschließend noch den Master. „Wir sind sehr zufrieden mit dieser hohen Erfolgsquote“, sagt der malaysische Konsul Muhammad.

Der Ansatz der GIZ

Bei der Programmkonzeption berücksichtigt die GIZ drei für den Erfolg eines Studiums im Ausland erforderliche Faktoren. Zum einen die gute voruniversitäre fachliche und sprachliche Vorbereitung in Malaysia. Diese ermöglicht es den Studierenden, später mit Leistungsdruck und fachlichen Anforderungen an

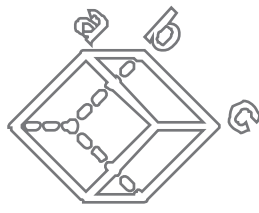
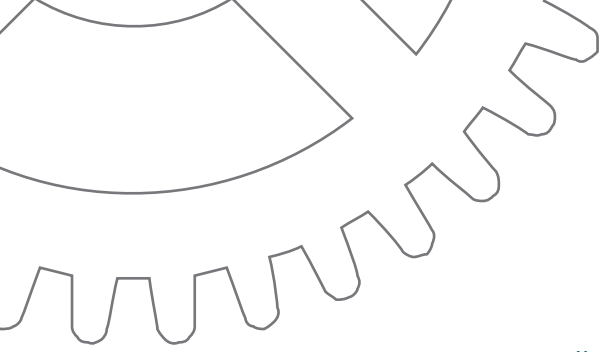
» AUF EINEN BLICK

Enge Begleitung

Das Malaysia-Hochschulprogramm verknüpft Bildungstransfer und Kulturaustausch. Die GIZ betreut die Studierenden in Deutschland.



Seit 1997 organisiert die GIZ ein Betreuungsprogramm für malaysische Stipendiaten. An baden-württembergischen Hochschulen absolvieren die jungen Frauen und Männer ein Ingenieursstudium. Die Kooperation stärkt den Bildungsexport und festigt den internationalen Bildungsstandort Baden-Württemberg. Gefördert wird das Programm vom dortigen Landesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie von der malaysischen Regierung. Die GIZ begleitet die Stipendiaten während ihres gesamten Studiums. Bereits im Vorfeld des Aufenthalts gibt es Kontakte, um die Startphase vorzubereiten und den Einstieg in Deutschland zu erleichtern.



den Hochschulen zurechtzukommen. Der zweite Faktor ist die finanzielle Absicherung in Form eines Stipendiums. Es erlaubt den jungen Studierenden, sich in vollem Maße auf das Studium zu konzentrieren.

Drittens schließlich ist eine intensive und hochqualitative Begleitung und Betreuung von Bedeutung, die die soziale Integration fördert. „Das Zusammenspiel dieser drei Faktoren ist der Schlüssel für die Abschlussquote von über 90 Prozent“, sagt Gabriela Pico von der GIZ. „Die Abbruchquote bei ausländischen Studierenden im Allgemeinen liegt dagegen bei 46 Prozent.“

Eine Win-win-Situation

Das Malaysia-Hochschulprogramm stellt für alle Beteiligten eine Win-win-Situation dar. Es eröffnet dem Land Baden-Württemberg die Möglichkeit, die hohe Qualität der Ausbildung an seinen Hochschulen ins Ausland zu exportieren. Nach ihrer Ausbildung kehren die Stipendiaten als Experten für das baden-württembergische Bildungssystem nach Malaysia zurück und stärken dort den Ruf des Landes als internationaler Bildungsstandort. Zugleich bietet das Hochschulprogramm die Chance, junge Menschen aus Malaysia frühzeitig fachlich und persönlich an Deutschland zu binden. Dies ist umso bedeutender, als die Stipendiaten später oft wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft besetzen.

Und nicht zuletzt profitiert Malaysia davon. „In Deutschland gut ausgebildete einheimische Ingenieure sind wichtig für deutsche Firmen, die in Malaysia investieren wollen“, sagt Konsul Muhammad. „Sie verstehen nicht nur die Sprache beider Länder, sondern auch deren Kultur.“ ■

» ANSPRECHPARTNERIN

Gabriela Pico > gabriela.pico@giz.de

» INTERVIEW

Programm mit Potenzial



Theresia Bauer ist Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg.

Frau Ministerin, welche Bedeutung hat das Programm aus Ihrer Sicht?

Für unsere Hochschulen war und ist dieses Programm ein wichtiger Baustein für ihre Internationalisierung. Es konnten gute Beziehungen zwischen malaysischen und baden-württembergischen Hochschulen aufgebaut werden. Viele der Absolventen arbeiten heute in wichtigen Funktionen. Es sind Netzwerke entstanden, von denen unsere Hochschulen und die exportorientierte Industrie des Landes profitieren.

Was sind die wichtigsten Erfolge?

Zum einen ist das die praxisnahe Ausbildung. In den meisten Ländern findet eine Ausbildung von Ingenieuren auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau statt. Dabei wird jedoch der Bedarf der Industrie außer Acht gelassen. Ich spreche von Ingenieuren, die in der Produktion zusammen mit den Meistern Probleme lösen können. Diese Art der Ausbildung erfährt inzwischen weltweit eine hohe Anerkennung. In Malaysia hat das Landesprogramm hierzu erheblich beigetragen. Zum anderen möchte ich auch auf den Erfolg von zwei Hochschulen, Karlsruhe und Reutlingen, hinweisen. Diesen ist es jeweils gelungen, in Malaysia Studiengänge aufzubauen. Damit gelang den Hochschulen der Schritt ins Ausland.

Welche Rolle spielt die GIZ beim Programm?

Eine sehr wichtige. Ausländische Studierende haben eine niedrigere Abschluss-

quote als deutsche. Die Gründe hierfür sind vielfältig: eine fremde Sprache und Kultur sowie unerwartet auftretende finanzielle Engpässe. Beim Landesprogramm mit Malaysia haben wir eine Abschlussquote von deutlich über 90 Prozent. Diese Quote kann nur erreicht werden, wenn alle Voraussetzungen stimmen: strenge Auswahl, gute Vorbereitung in Malaysia, ein gut dotiertes Stipendium und vor allem die Betreuung. Die malaysischen Studierenden werden vom ersten Tag in Baden-Württemberg an konsequent betreut. Hierfür ist federführend die GIZ verantwortlich.

Sehen Sie Potenzial für ähnliche Programme mit anderen Partnerländern – zum Beispiel zur Gewinnung ausländischer Fachkräfte?

Ein solches Potenzial sehe ich. Ich könnte mir vorstellen, dass wir Programme entwickeln, die in ausgewählten Partnerländern gezielt Studierende zur Ausbildung in Deutschland und vor allem in deutscher Sprache anwerben. Über die Pflichtpraktika und Bachelorarbeiten kommen diese Studierenden in Kontakt mit unseren Unternehmen. Ob die ausländischen Absolventen dann im Ausland oder im Inland für deutsche Unternehmen arbeiten, ist dabei nicht so wichtig.

Interview: Beate Wörner

United in
diversity

AKZENTUIERT

Z
rö

Un
in dive
Unitate în
Aontaithe san
Forenet i ma

United in diversit
sok

Un
ne
dive

Aontaithe
san
éagsúlacht

Unie
dans
la
diversité
United in
diversity

Zjednoc

In Vie

United in diversity
Единство в многообразието

Unitate în
diversitate
Egység a
Aontaithe san éags

Unie
dans
la
diversité

Ühinenud mitmekesisus

In Vielfalt geeint

Suvienijusi įvairovę

Egység a sokféleségben

Unida en la diversidad

Forenet i mangfoldighed

Vienoti
daudzveidībā

Zjednotení v rozmanitosti

Unie
dans
la
diversi



EUROPA

THEMEN DIESES
SCHWERPUNKTS

IM FOKUS: Europa kann nur gemeinsam bestehen. Doch in zentralen Fragen ringen die Partner noch um tragfähige europäische Antworten.

IM INTERVIEW: Angela Filote, Vertreterin der EU-Kommission in Rumänien

IM ÜBERBLICK: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

IN ZAHLEN: Europa – Zielort für Migranten, Startplatz für Energiereformen

diversité

Unvollendete Vision

Europa ist das größte Friedensprojekt der Welt – und eine ständige Baustelle zugleich. Konflikte von der Ukraine bis zum Irak, von Syrien bis Mali zeigen: In einer globalisierten Welt können die europäischen Partner nur gemeinsam bestehen. Deshalb braucht es eine Erneuerung der europäischen Idee.

Text Dietrich Alexander

Kurt Tucholsky, einer der bedeutendsten Publizisten der Weimarer Republik, ging hart ins Gericht mit dem Alten Kontinent, als er formulierte: „Zwischenstaatlich organisiert sind in Europa nur das Verbrechen und der Kapitalismus.“

Ganz so schlimm ist es im Jahr 2014 nicht. Es gibt Hoffnung, sogar begründeten Optimismus. „In Europa gibt es Platz für Träume“, sagte der neu gewählte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unter dem Jubel der Europaparlamentarier. „Wir gewinnen gemeinsam und verlieren gemeinsam.“

Gewiss, Europa ist bürokratisch, schwerfällig, amorph, teilweise undemokratisch – und dennoch eine Erfolgsgeschichte. In diesem Jahr beging die freie Welt den 70. Jahrestag der Landung von mehr als 150.000 alliierten Soldaten in der Normandie in einer Mischung aus Gedenken, Trauer, Mahnung und Freude. Freude darüber, dass 70 Jahre nach dem grausamen Massensterben an der französischen Atlantikküste die einst verfeindeten Staaten wieder zueinandergefunden haben.

Und sie vermochten, in Freundschaft ein freies, friedliches und gemeinsames Europa zu bauen. Fast sieben Jahrzehnte ohne Krieg – wann hat es das in Europa jemals gegeben? „Selten ist in Europa überall Frieden, und nie geht der Krieg in den anderen Weltteilen aus“, wusste schon Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz, der preußische General, Militärtheoretiker und Schriftsteller. In anderen Teilen der Welt geht der Krieg tatsächlich nie aus. Doch über das heutige Europa hätte General von

Clausewitz sich wohl ebenso verwundert wie anerkennend die Augen gerieben.

Im freien, vereinten und wohlhabenden Europa gibt es zu viel zu verlieren für jeden einzelnen Bürger. Europa ist nur latent anfällig für verbrecherische Ideen und Ideologien. Es hat sich erhoben aus den Trümmern und Todfeindschaften der Völker nach den beiden verheerendsten Kriegen der Menschheitsgeschichte. Europa ist heute kein Schlachtfeld mehr, sondern ein Rohdiamant, um den uns die Menschen besonders dort beneiden, wo Hass, Missgunst und Gewalt noch nicht Partnerschaft, gemeinsamem Wohlstand und Freiheit gewichen sind: in vielen Staaten Südamerikas, der arabisch-islamischen Welt und in weiten Teilen Asiens.

Was Europa heute ist und wie es international wahrgenommen wird, dafür zeichnet im Wesentlichen die Europäische Union verantwortlich – dieser Staatenverbund mit 28 Mitgliedsstaaten und rund einer halben Milliarde Einwohnern. Der Europäische Binnenmarkt, den die EU-Mitgliedsstaaten zusammen bilden, ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt der größte gemeinsame Markt der Welt. Errungenschaften wie Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit, die gemeinsame Währung oder das Schengenabkommen sind zukunftsweisend. Sie sind Chance und Herausforderung zugleich. Und sie bedeuten: Verantwortung.

Das „gemeinsame Haus Europa“, wie Michail Gorbatschow, der ehemalige Staatschef der Sowjetunion, das europäische Projekt in seiner Prager Rede 1987 »



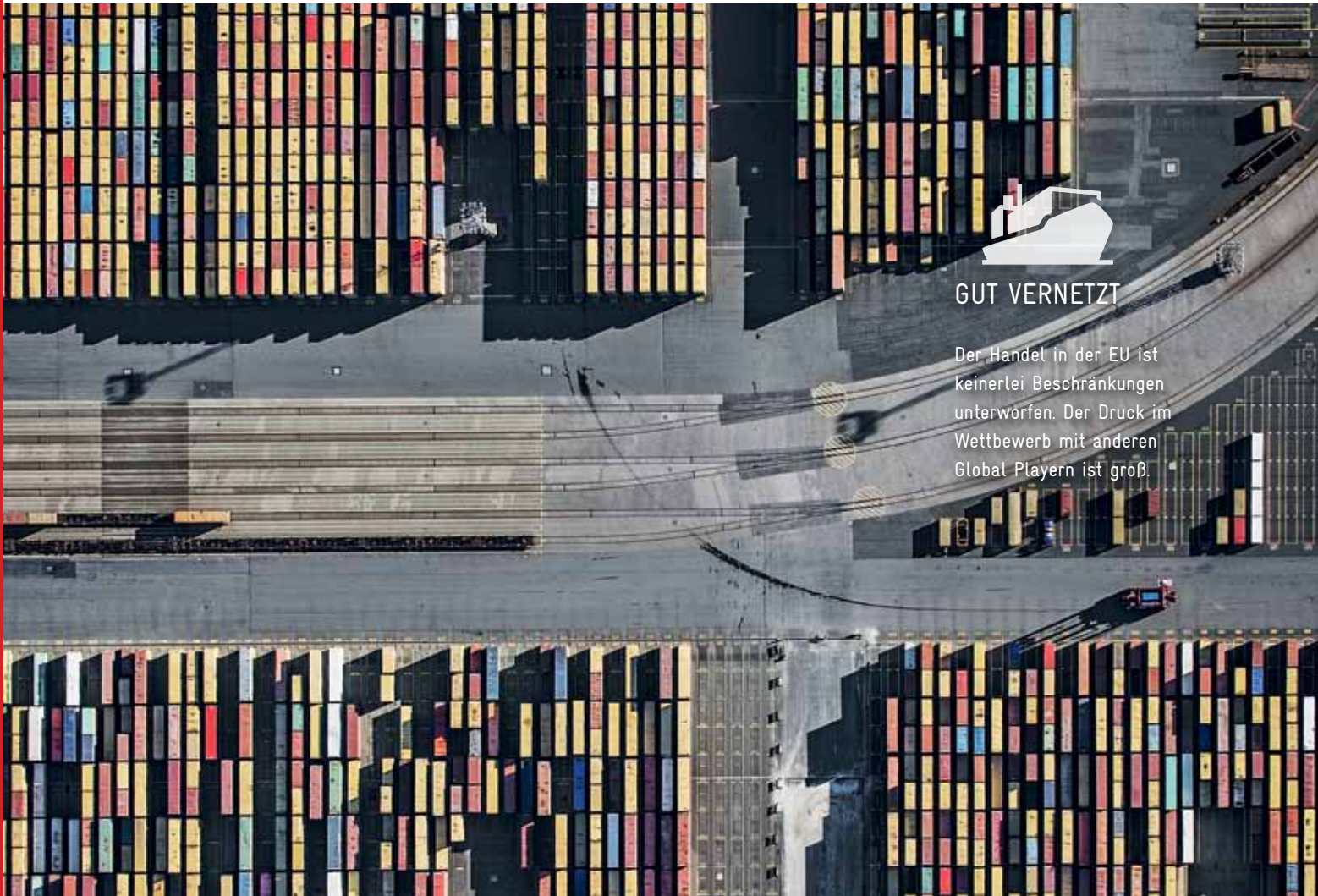
NEUE FINANZARCHITEKTUR

Viele EU-Staaten ringen um Reformen ihrer Haushalte – der Druck, der auf ihnen lastet, ist nicht zuletzt Folge der Banken- und Finanzkrise. Um solche Entwicklungen früher zu erkennen und abzuwenden, arbeitet Europa an einer verbesserten Finanzarchitektur. Ihr sichtbarstes Zeichen ist der Neubau der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Hier wird auch die Europäische Bankenaufsicht ihren Sitz haben.



ÜBER GRENZEN

Jeder Unternehmer in Europa hat das Recht, seine Dienstleistungen auch außerhalb seines Heimatlandes anzubieten. Eine wichtige Errungenschaft, sagen die einen, ein Einfallstor für Dumpinglöhne, sagen die anderen.



GUT VERNETZT

Der Handel in der EU ist keinerlei Beschränkungen unterworfen. Der Druck im Wettbewerb mit anderen Global Players ist groß.

erstmal nannte, ist unvollendet und eine Dauerbaustelle. Doch es lebt und an ihm wird immer weiter gearbeitet. Es hapert noch immer an vielem. Militär- und damit machtpolitisch etwa spielt Europa in der Welt keine seiner Wirtschaftskraft angemessene Rolle. Auch ist bisher weder der Luft- noch der Schienenverkehr ausreichend harmonisiert worden. Agrarsubventionen, Asylpolitik und Regulierungswahn sind weitere permanente Ärgernisse für die EU-Bürger. Und nationale Egoismen verhindern bisher auch eine gemeinsame Linie bei Themenfeldern wie Energie, Klimaschutz oder Militärtechnik.

Es bleibt also immer noch viel zu tun, um Europa wirklich fit zu machen für den globalen Wettbewerb. „In Vielfalt geeint“, lautet ein europapolitischer Leitbegriff. Wie viel Vielfalt ist nötig und nützlich, um eine europäische Identität zu schaffen und zugleich regionale und nationale Identitäten zu wahren? Ist mehr erforderlich, als deutscher, französischer, spanischer oder britischer EU-Bürger zu sein? Nämlich zuerst Europäer und dann Deutscher, Österreicher, Italiener oder Pole? Was in wirtschaftlicher Hinsicht auf dem Binnenmarkt bereits sehr gut und zum Nutzen aller funktioniert, ist politisch – und damit gesellschaftlich – noch nicht in gleichem Maße vollendet. Europa ist (noch) nicht identitätsstiftend. Die Bürger klammern sich an ihre Nationalflaggen und Hymnen. Das ist nicht grundsätzlich schlecht, aber es versperrt den klaren Blick darauf, dass wir Europäer eine Schicksalsgemeinschaft bilden, in der wir entweder näher zusammenrücken oder aber im Wettkampf mit den aufstrebenden asiatischen Märkten zu den Verlierern der Moderne werden. Jean-Claude Juncker mahnt nicht zu Unrecht: „Wir sind zurückgefallen. Europa braucht eine breit aufgestellte Reformagenda.“

Der Jugendarbeitslosigkeit begegnen

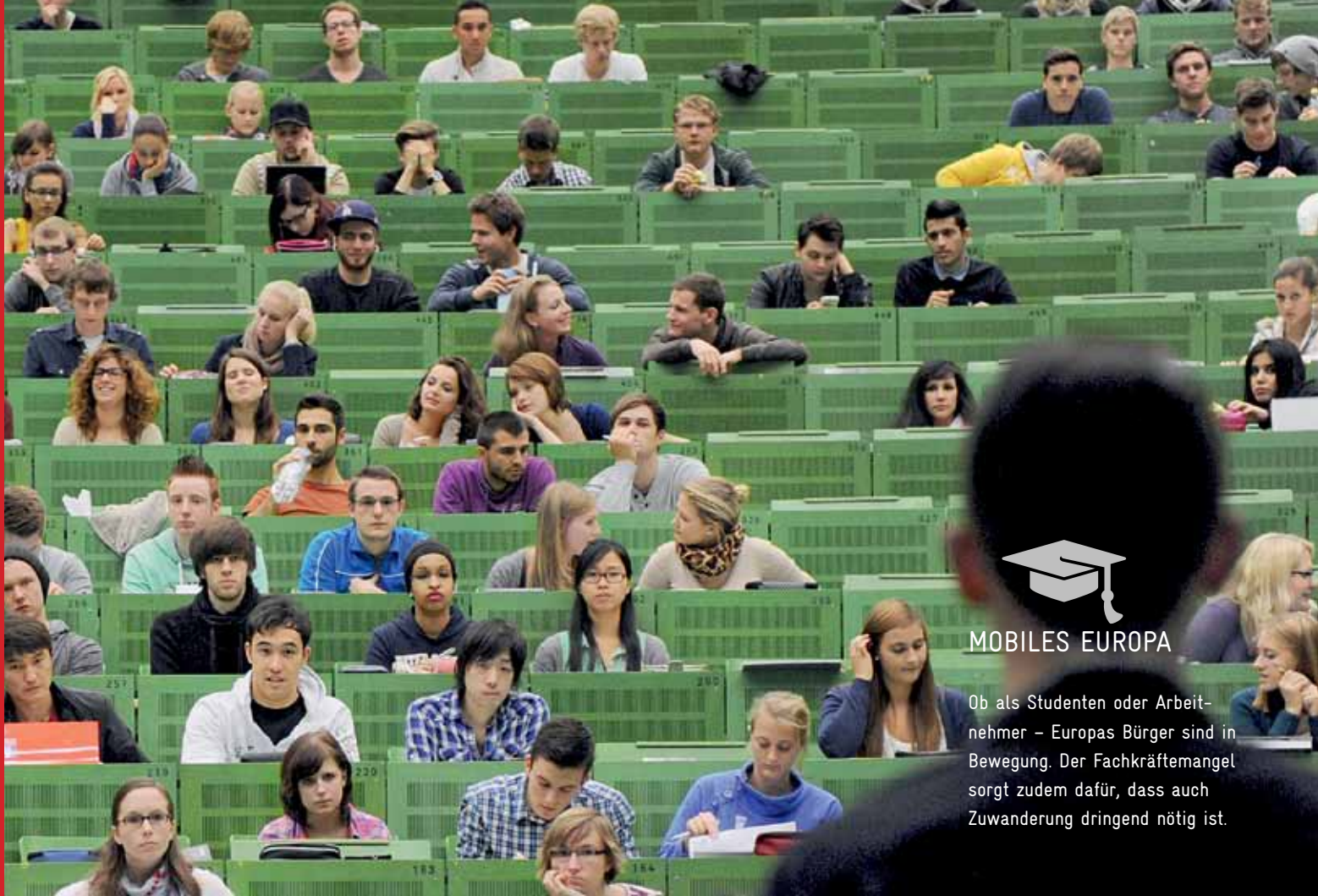
Mehr als 5,3 Millionen junge Menschen in Europa sind derzeit arbeitslos, die Quote liegt inzwischen bei alarmierenden 22,8 Prozent, in Ländern wie Griechenland und Spanien suchen sogar mehr als 50 Prozent der Bürger unter 25 Jahren Arbeit. Es ist fahrlässig und gefährlich, diesen gravierenden, unübersehbaren Missstand in Europa nicht mit aller Kraft zu bekämpfen. Verschiedene Programme wurden aufgelegt, meist handelt es sich dabei jedoch um nationalstaatliche Initiativen. Sie sind weder mit den europäischen Partnern abgestimmt noch ergänzen sie einander sinnvoll. Dabei legen reichere EU-Staaten dann zum Beispiel Ausbildungsförderungsprojekte auf. Das tun sie zum einen, weil sie der Bevölkerung von wirtschaftlich strau-

chelnden Mitgliedstaaten helfen wollen. Zum anderen haben die reicheren Staaten aber auch ein großes Interesse daran, qualifizierte Arbeitskräfte für den eigenen Markt zu gewinnen.

Wegen des rigiden Spardrucks, unter dem besonders die südeuropäischen Krisenländer Spanien, Griechenland und Portugal stehen, sind die Mittel und damit auch die Erfolgsaussichten sehr begrenzt, dass sie ihre Jugend halten und den Anforderungen moderner Märkte entsprechend ausbilden können. Vielmehr werden notwendige Investitionen in Bildung und Ausbildung gar nicht oder nicht in ausreichendem Maße getätigt, so dass diese EU-Länder mittelfristig nicht nur ihre Jugend, sondern auch ihre Zukunft verlieren werden. Sie entfernen sich immer weiter vom voranschreitenden Rest Europas, fallen bildungspolitisch zurück und unterliegen im globalen Wettstreit um die besten Köpfe. Es entsteht damit unweigerlich ein Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten, ein gespaltener oder vielgeteilter Kontinent. Europa kann und sollte sich das nicht leisten.

Sorge vor nationalistischen Tendenzen

Die Europawahlen im Mai 2014 haben gezeigt, dass nationalistische Tendenzen, Fremdenfeindlichkeit und Politikverdrossenheit nicht nur in Großbritannien und Frankreich, sondern auch in Belgien, Dänemark, Österreich und Deutschland noch immer auf offene Ohren stoßen. Navanethem „Navi“ Pillay, die Ende August 2014 aus dem Amt geschiedene UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, warnte in ihrer persönlichen Bilanz nach sechs Jahren auf diesem Posten vor einem wachsenden Fremdenhass in Europa. Selbst in gefestigten Demokratien drohe die politische Rhetorik von Extremisten den Kampf gegen Diskriminierung aufzuweichen, befand die Südafrikanerin und verwies auf die Erfolge ausländischer Parteien bei den Europawahlen. Im neuen Europaparlament werde nun zum Beispiel ein deutscher Politiker sitzen, der erklärt habe, Europa müsse „ein Kontinent der weißen Menschen bleiben“. Pillay spielte damit auf eine Äußerung von Udo Voigt an. Der frühere Vorsitzende der rechtsextremen NPD vertritt seine Partei als Abgeordneter in Straßburg und Brüssel. Rund 70 Jahre nach dem Holocaust sind solche Äußerungen eine Schande, gerade aus deutschen Politikerkehlen. Der große Europäer, Kosmopolit und ehemalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg formulierte es einmal folgendermaßen: „Historische Erfahrungen sind nicht übertragbar auf die nächste Generation, Vorurteile schon.“ »



MOBILES EUROPA

Ob als Studenten oder Arbeitnehmer – Europas Bürger sind in Bewegung. Der Fachkräftemangel sorgt zudem dafür, dass auch Zuwanderung dringend nötig ist.

Krieg als Mittel der Auseinandersetzung hielt man in Europa nach zwei Weltkriegen endgültig für ad absurdum geführt. Die gesellschaftlichen Konflikte innerhalb der Völker und zwischen verschiedenen Staatengruppen, etwa zwischen den reicheren Nordeuropäern und ärmeren Südeuropäern, bleiben dennoch ernste Herausforderungen. Um den inneren Zusammenhalt der Union zu stärken, bedarf es einer ständigen Harmonisierung von Standards und Gesetzen. Es braucht aber auch eine hohe Glaubwürdigkeit Brüssels sowie mehr unmittelbare Erfahrbarkeit des europäischen Gedankens bei den Bürgern – schlicht mehr Bürgernähe. „Die da in Brüssel“ dürfen nicht im administrativen Raumschiff Europa schweben. Sie müssen Europa gestalten, die Vision aufrechterhalten, fortführen und mit Leben füllen. Dazu gehören ein hohes Maß an Transparenz und eine breite Legitimationsbasis. Vor allem dann, wenn es um Entscheidungen geht, die europäische Bürger unmittelbar betreffen. Nur wenige Entscheidungen in der global vernetzten Welt lassen sich auf nationalstaatlicher Ebene sinnvoll treffen, ob beim Klimaschutz, der Regulierung des Internets, beim Urheberrechtsschutz oder dem Schutz der Privatsphäre. Es gibt überhaupt nur noch zwei Bereiche, bei denen die Europäische Union ihren Mitgliedsstaaten nicht „hineinregiert“. Das sind die sozialen Sicherungssysteme und die Kultur- und Schulpolitik. Bei

allen weiteren Themen sitzen Brüssel und Straßburg gewissermaßen mit am nationalen Kabinetttisch.

Mehr Sicherheit in der Nachbarschaft

Europa hat viel mit sich selbst zu tun, aber es muss auch auf sein Umfeld achten. Die Ukraine-Krise hat gezeigt, wie schnell der Staatenbund durch Unruhen in seinem Hinterhof selbst in Bedrängnis kommen kann. Die Lösung kann nicht darin liegen, die halbe Welt in die EU aufzunehmen. Es lohnt sich aber, wie auch immer mit Europa verbundene Nachbarn, ob nun EU-Beitrittskandidaten oder Partner, an europäische Standards heranzuführen. Das gilt besonders für die Türkei, eines der strategischen Schlüsselländer in Europas Nachbarschaft und bereits wichtiger Partner in der NATO. Ob solche Hilfestellungen am Ende in eine EU-Mitgliedschaft münden oder nicht – sie helfen, den europäischen Wertekanon über seine Grenzen hinaus zu exportieren. Und das schafft mehr Sicherheit auch im europäischen Umfeld, von Georgien bis Gibraltar.

Europa hat zwar mit Ausnahme spanischer Exklaven keine gemeinsame Landesgrenze mit Afrika. Doch die schrecklichen Bilder überfüllter, nicht seetüchtiger Boote voller Flüchtlinge führen regelmäßig vor Augen, dass dieses Problem kein rein afrikanisches ist. Es geht Europa etwas

an, nicht nur aus humanitären, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Europas Glaubwürdigkeit beginnt im Kongo, in Nigeria, in Äthiopien, Marokko oder Tunesien. Friedensförderung und -sicherung vermindern den Flüchtlingsstrom in die „Festung Europa“, weil der Leidensdruck der Menschen sinkt. Wer verlässt schon seine Heimat, wenn sie ihm die Grundbedürfnisse garantiert: Frieden, Freiheit und ein wenig Wohlstand?

Es lohnt sich, Armut und mangelnde Freiheit bereits dort gezielt zu bekämpfen, wo sie entstehen und herrschen. Die Logik dahinter ist einfach: Wer ausreichend Einkommen hat, um seine Familie zu ernähren, und zudem eigenverantwortlich in Frieden wirtschaftet und arbeitet, wird aller Voraussicht nach nicht zum Flüchtling. Am Ende ist das für Europa wesentlich günstiger und fördert ein menschlicheres Image, als Tausende afrikanische Flüchtlinge abzuweisen und zurückzuschicken – wenn sie es denn überhaupt an Europas Gestade schaffen und nicht ertrinken oder in überfüllten Containern ersticken.

Wirkungsvolles Krisenmanagement

Europa ist reich, das zieht viele Menschen an. Aber ist es finanzpolitisch auch unverletzbar? Diese Frage muss nach der Eurokrise, die die Union seit dem Jahr 2009 erschüttert und noch immer nicht überwunden ist, eindeutig mit einem Nein beantwortet werden. Und doch zeigt sich auch hier die Stärke der EU: Sie reagierte mit dem milliarden-schweren Europäischen Stabilitätsmechanismus auf die wankenden Finanzmärkte und die kollabierenden Mitgliedsstaaten. Den Mechanismus ergänzen eine europäische Schuldenbremse sowie ein Fiskal- und Wachstums-pakt. Diese Maßnahmen zusammengenommen lassen die Grundzüge eines wirkungsvollen Krisenmanagements und einer neuen Finanzarchitektur erkennen, die zum dauerhaften Umbau der Eurozone führen wird und sie krisensicherer macht. Doch der schmerzhaft Umbau ist damit noch nicht abgeschlossen. Die europäischen Krisenstaaten müssen sich von einigen liebgewonnenen „Traditionen“ trennen, wie etwa staatlichen Subventionen oder einer allzu großzügig bemessenen Entlohnung ihrer Staatsbediensteten, um innerhalb der Europäischen Union und weltweit konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden. Europäische und einzelstaatliche Regelungen müssen aufeinander abgestimmt, die familiengeführten und mittelständischen Betriebe als traditionelle Stütze europäischer Prosperität deutlich gestärkt werden.

Wichtig ist auch die machtpolitische und militärstrategische Erneuerung des Projekts Europa. 28 mehr oder we-

niger schlagkräftige Nationalarmeen mit nicht kompatibelem Gerät und unterschiedlicher Ausrüstung sind ein schlechtes Aushängeschild, wenn man globale Bedeutung beansprucht. Oft verhindern gegenläufige Interessen sogar eine einheitliche Position Europas bei außenpolitischen Fragen. Der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon schuf immerhin das Amt des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Europäischen Auswärtigen Dienst. Das diplomatische Korps der EU bildet ein Netz von fast 140 Delegationen und Vertretungen weltweit. Ob es um das Atomprogramm des Iran, den Kampf gegen die Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika oder den weltweiten Klimaschutz geht – Europa ist dabei, sitzt mit am Tisch, bisher meist in Gestalt der ehemaligen „EU-Außenministerin“ Catherine Ashton, künftig in Person ihrer Nachfolgerin Federica Mogherini. Doch hat Europas Stimme deshalb wirklich Gewicht?

Von dem ehemaligen US-amerikanischen Außenminister Henry Kissinger ist das Bonmot überliefert, solange Europa keine Telefonnummer habe, könne es auch kein außenpolitischer Akteur sein. Diese Telefonnummer gibt es zwar mittlerweile, aber gestaltet Europa auch? Setzt es seine viel gerühmte „soft power“ hinreichend ein? Unterstützt es seinen wichtigsten Partner USA, der unter den enormen Lasten seiner Funktion als Weltpolizist ächzt? »

GIZ UNTER EUROPÄISCHER FLAGGE

Von erneuerbaren Energien bis Wahlbeobachtung: Die EU ist neben der Bundesregierung der wichtigste Auftraggeber der GIZ. So schult die GIZ in ihrem Auftrag Lebensmittelfachleute aus EU- und Nicht-EU-Staaten zu Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz oder berät griechische Kommunen bei Verwaltungsreformen. Weltweit und in Europa zeichnet sich die GIZ durch ein breit aufgespanntes Netzwerk in Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aus. Mit dem Mandat der Bundesregierung unterstützt sie die EU beim Erreichen ihrer politischen Ziele und internationalen Verpflichtungen. Strategische Beratung und Implementierung kommen dabei aus einer Hand.

Die GIZ bietet vielseitige Lösungsansätze für aktuelle Fragestellungen – sei es bei der Konsolidierung nationaler und kommunaler Haushalte, der Stärkung von Wirtschaftsstandorten durch Berufsbildung und Qualifizierung oder im Energie- und Klimabereich.

Bedingt. Europas Rolle als Mediator in internationalen Krisen ist wichtig und aner kennenswert, siehe Durchbruch im Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo. Aber es fehlt oft die Nachhaltigkeit, die errungene diplomatische Erfolge dauerhaft in den Gesellschaften etabliert. In diesem Jahrhundert, so mahnte der frühere deutsche Kanzler Helmut Schmidt zu Recht, stehe die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation auf dem Spiel. Diese Selbstbehauptung geht einher mit der überzeugenden Implementierung ihrer Werte. Es reicht nicht, den Frieden in Georgien, auf dem Balkan oder in der Ukraine wiederhergestellt zu haben. Es reicht nicht, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Langfristig wirkt eine Friedenslösung nur, wenn sie mit Leben gefüllt und für die Menschen erfahrbar wird – wirtschaftlich wie sozial. Nur eine derart gestärkte Zivilgesellschaft ist zu nachhaltigem Frieden durch Aussöhnung und Völkerverständigung fähig, weil sie genau weiß, was sie zu verlieren hat. Die Werte zu erhöhen, den persönlichen Lebensentwurf eines

jeden in gewisser Weise zu „europäisieren“, das muss Europas Aufgabe sein. Der Präsident des Europäischen Parlaments, der Deutsche Martin Schulz, formulierte das in Straßburg so: „Wenn wir es ernst meinen mit der EU als Friedensmacht, dann muss unsere ökonomische Kraft politisch so genutzt werden, dass die, die mit uns Handel treiben wollen, die Herrschaft des Rechts akzeptieren und nicht das Recht des Stärkeren praktizieren.“

Gemeinsame Energiepolitik gefragt

Es gibt selbstverständlich auch Themenfelder, die sich nicht national, nicht einmal kontinental begrenzen lassen. Klima- und Umweltschutz sind solche Gebiete. Die Energie gehört ebenfalls dazu. Das rohstoffarme Deutschland muss in der Energiepolitik supranational denken, sich einbinden in ein umfassendes, nutzbringendes Netzwerk, um seine wirtschaftliche und sozialpolitische Zukunft zu sichern. In diesem Zusammenhang ist es richtig, wenn »

AUS DER ARBEIT DER GIZ > EUROPA

Fachkräfte



Projekt: Make it in Hamburg!
Finanziers: Freie und Hansestadt Hamburg, Europäische Union
Politischer Träger: Freie Hansestadt Hamburg, Europäischer Sozialfonds für Hamburg
Laufzeit: 2014 bis 2016

DEUTSCHLAND Hamburg zieht schon immer Menschen aus aller Welt an, die dort arbeiten und leben möchten. Gleichzeitig brauchen viele Unternehmen in der Hansestadt dringend Fachkräfte. „Make it in Hamburg!“ bringt beide Seiten zusammen. Das Projekt wendet sich an akademische Fachkräfte, qualifizierte Facharbeiter, Auszubildende, mitziehende Partner, ausländische Studierende sowie Absolventen der Hochschulen in der Metropolregion. Zum Konzept gehören die Unterstützung bei der Stellensuche und der Herstellung von Kontakten zu Arbeitgebern sowie in Karrierefragen. Weiterbildung und Qualifizierung runden das Angebot ab.

www.hamburg.arbeitundleben.de

Europäische Integration

Projekt: Unterstützung des EU-Integrationsprozesses in Serbien
Finanziers: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Europäische Union
Politischer Träger: EU-Integrationsbüro der Republik Serbien
Laufzeit: 2012 bis 2015

SERBIEN Das Land ist seit 2012 offiziell Kandidat für den Beitritt zur Europäischen Union. Die GIZ berät die Verantwortlichen in Serbien dabei, sich auf Beitrittsverhandlungen vorzubereiten und die Weichen für einen erfolgreichen Integrationsprozess zu stellen. Sie fördert die Entwicklung von Strategien zur Verhandlungsführung und zur Formulierung von Verhandlungspositionen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen Finanzen, Wirtschaft und Landwirtschaft sowie die Regionalentwicklung Serbiens. Mitte des Jahres 2015 sollen die vor diesem Hintergrund erarbeitete Verhandlungsarchitektur, die Rollendefinitionen der beteiligten Institutionen sowie das Regelwerk für die Abläufe und Prozesse während der Verhandlungen von der serbischen Regierung verabschiedet werden.

www.seio.gov.rs

der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger, der bisher für den Bereich Energie zuständig war und nun das Ressort digitale Wirtschaft und Gesellschaft verantworten soll, eine gemeinsame „Energieaußenpolitik“ der Europäischen Union anmahnt. Gegenüber den Ländern, die Gas, Öl und Kohle liefern, so sagt Oettinger, „brauchen wir eine gemeinsame Stimme, eine gemeinsame europäische Energiestrategie, damit der Preis besser und die Versorgung sicherer wird“. Es entspricht kaum einer langfristigen, erfolgreichen und konstanten Energieplanung, wenn der eine europäische Partner bilaterale Lieferverträge mit Norwegen und der nächste mit Russland abschließt. „Wir werden dann verlieren“, prophezeit Oettinger und hat recht damit. Sinnvoll ist eine diversifizierte, gemeinsame, EU-weite Energiepolitik und Energieinfrastruktur, um sich nicht etwa den Launen des russischen Präsidenten Wladimir Putin aussetzen zu müssen. Die Ukraine-Krise hat gezeigt, mit welchem Erpressungspotenzial der Kreml Außenpolitik gestalten kann.

Sinnvoll ist sicher auch, im europäischen Rahmen über eine Diversifizierung der Energiequellen nachzudenken. Regenerative Träger müssen ausgebaut und gefördert werden, Windkraftfelder an Atlantik, Nord- und Ostsee, Solarzellenfelder in den südlichen EU-Staaten. Welche Rolle kann und darf Atomstrom im gemeinsamen Europa spielen? Tickende Zeitbomben in Tschechien oder Frankreich sind eine Bedrohung für den ganzen Kontinent. Was nützen sichere und saubere deutsche Atommeiler, wenn ein paar Kilometer hinter der Grenze das französische Cattenom oder das tschechische Temelín einen GAU erlebt? Das Ziel muss sein, die Energieversorgung Europas sauber, zuverlässig und sicher zu gestalten. Hier liegt eine große Herausforderung, genau wie auf allen anderen Feldern europäischer Kooperation. Klar ist aber auch: Es geht nur gemeinsam. Ein zersplittertes, von nationalen Egoismen geprägtes Europa wird den Wettlauf um Wohlstand und Entwicklung gegen die anderen globalen Player wie die USA, China, selbst Russland und Indien verlieren. ■

Sozialstandards


Projekt: Förderung von Sozial- und Umweltstandards in der Industrie

Finanziers: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Europäische Union

Politischer Träger: Handelsministerium Bangladesch

Laufzeit: 2010 bis 2015

BANGLADESCH Nationale Arbeits- und Umweltgesetze sowie internationale Standards werden von Textilunternehmern in Bangladesch noch nicht ausreichend eingehalten. Die Überwachung und Durchsetzung der Gesetze durch den Staat steht erst am Anfang. Die GIZ unterstützt Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter einsetzen und zum Beispiel Frauen-Cafés eingerichtet haben, wo sich Arbeitnehmerinnen über ihre Rechte informieren können. Bei Arbeitsrechtsstreitigkeiten oder häuslicher Gewalt wird zusätzlich Rechtsberatung angeboten. Bisher wurden rund 200.000 Arbeiterinnen erreicht.

 www.psesbd.org

Energiereform




Projekt: Erneuerbare Energien in Griechenland

Finanziers: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Europäische Union

Laufzeit: seit 2013

GRIECHENLAND Die Regierung Griechenlands will bis 2020 rund 40 Prozent des Stromverbrauchs im Land durch erneuerbare Energien decken. Dafür sind umfangreiche Reformen nötig. Insbesondere geht es darum, die Bedingungen für Investitionen in diesem Bereich zu verbessern. Im Rahmen einer EU-Initiative unterstützt die GIZ die griechischen Partner. So berät sie das griechische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel bei der Anpassung des Förder-systems für die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen und unterstützt die Erarbeitung einer „Roadmap“.

 www.bmub.bund.de/N49932

» INTERVIEW

DAS VERFLIXTE SIEBTE JAHR

Frau Filote, Rumänien ist seit sieben Jahren Mitglied der Europäischen Union. In einer Ehe, so hört man oft, sei „das verflixte siebte Jahr“ besonders heikel. Wie steht es um das Verhältnis zwischen Rumänien und der EU?

Na ja, die Flitterwochen sind vorbei, aber die Beziehung wird enger und fester. Das Vertrauen in die EU ist in Rumänien größer als in anderen Mitgliedsländern. Auch das Vertrauen der EU zu Rumänien wächst. Beide haben eine Menge dazugelernt: Die wichtigste Lehre ist, dass wir unsere Erwartungen zügeln müssen. Rumänien hat erkannt, dass der EU-Beitritt nicht über Nacht Wohlstand bringt und dass die Chancen des Beitritts davon abhängen, inwieweit mit der Unionsbürgerschaft und ihren Rechten und Pflichten auch Eigenverantwortung übernommen wird. Die EU hat gelernt, dass die Lösung tief verwurzelter Probleme wie der Korruption und einer unzureichenden Leistungsfähigkeit der Verwaltung länger braucht als erwartet. Nun, da wir sieben Jahre klüger sind, können wir tatsächlich beginnen, diese Ehe auch ein Stück weit zu genießen.

Momentan beschäftigt sich die Öffentlichkeit in der EU hauptsächlich mit der Finanzkrise, der Jugendarbeitslosigkeit sowie der Nachbarschafts- und Flüchtlingspolitik. Welches sind die zentralen Anliegen Rumäniens?

Auch Rumänien bereiten Arbeitslosigkeit und Armut die größte Sorge, obgleich das Land mit einer Arbeitslosenrate unter dem EU-Durchschnitt viel besser durch die Wirtschaftskrise gekommen ist als andere. Trotzdem bleibt es das zweitärmste Mitgliedsland der EU. Viel öffentliche Aufmerksamkeit erhält das Thema Korruptionsbekämpfung. In den letzten Jahren wurden beispiellose Fortschritte erzielt, und in mehreren Fällen von schwerer Korruption landeten namhafte Politiker hinter Gittern. Auch das Thema Nach-

barschaft ist für Rumänien wichtig, vor allem angesichts der aktuellen Lage, in der Einschüchterungsversuche und Angriffshandlungen gegen Staaten, die sich der EU anschließen wollen, die Region destabilisieren.

Kritikern zufolge nutzt Rumänien bereitstehende EU-Mittel noch nicht in ausreichendem Maß.

Ja, Rumäniens Absorptionsrate ist immer noch niedrig. Aber in den letzten drei Jahren ist sie um das Zehnfache von 3,4 Prozent im Juni 2011 auf 36,6 Prozent im August 2014 gestiegen. Das zeigt, mit welcher Ernsthaftigkeit Maßnahmen von den rumänischen Behörden ergriffen werden. Sie sind zuversichtlich, bis Ende 2015, Rumäniens Schlusstermin für die Periode 2007–2013, auf bis zu 80 Prozent zu kommen. Natürlich spielt neben der Absorptionsrate auch die Qualität der EU-Unterstützung insgesamt eine wichtige Rolle. Sie wird in der Förderperiode 2014–2020 unser Schwerpunkt sein, wie mit dem Anfang August vereinbarten Partnerschaftsabkommen fixiert. Das ist das zentrale Dokument für die Steuerung von EU-Mitteln in den nächsten sieben Jahren.

Zählt die Frage der Roma für Rumänien zu den zentralen europapolitischen Herausforderungen?

Rumänien hat das zweithöchste Risiko für Armut oder soziale Ausgrenzung in der EU. Fast 42 Prozent der Bevölkerung sind davon betroffen, mehrheitlich Menschen mit Roma-Hintergrund. Die hohe Mobilität der Roma zusammen mit ihrer Armut, unterschiedlichen sozialen Strukturen und systemischer Diskriminierung machen ihre erfolgreiche soziale Inklusion zu einer Herausforderung, für ganz Europa. Aus diesem Grund hat Rumänien soziale Inklusion und Armutsbekämpfung für den Zeitraum 2014–2020 zu Hauptschwerpunkten erklärt. Für diese Zwecke sind Mittel in Höhe von 3,4 Milliar-



Angela Filote hat Anfang 2014 die Leitung der Vertretung der Europäischen Kommission in Rumänien übernommen. 2010 war sie zur Kommissionssprecherin ernannt worden und für die EU-Erweiterung und die Nachbarschaftspolitik zuständig. Anschließend war sie für die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung tätig.

den Euro vorgesehen, die aus drei europäischen Fonds stammen: dem Sozialfonds, dem Fonds für regionale Entwicklung und dem Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wichtig ist, die Inklusion der Roma mit integrierten politischen Konzepten und Projekten zu bewerkstelligen, die sowohl Zugang zu Bildung und Wohnraum als auch Gesundheitsleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Es braucht politischen Willen, soziale Fachkompetenz und eine leistungsfähige Verwaltung, um eine strategisch kluge und tragfähige Politik zu gestalten, für die die Roma selbst die Verantwortung übernehmen. Und nicht zuletzt braucht es Zeit. Viel Zeit.

Interview: Heidi Beha

EUROPA IN ZAHLEN



20%

des Bruttoendenergieverbrauchs aller EU-Länder sollen bis zum Jahr 2020 aus erneuerbaren Energien kommen. Im Jahr 2012 waren es 14,1 Prozent. Spitzenreiter war Schweden mit mehr als 51 Prozent.

Quelle: Eurostat, STAT/14/37, März 2014

24

Amtssprachen hat die Europäische Union. Dazu gibt es Sonderregelungen wie im Fall Österreichs, dessen Amtssprache Deutsch ist. Falls in einem deutschsprachigen EU-Dokument ein Lebensmittel vorkommt, für das es einen spezifischen österreichischen Ausdruck gibt, so wird dieser in einer Fußnote hinzugefügt. Zum Beispiel zur „Kartoffel“ der „Erdapfel“ und zur „Tomate“ der „Paradeiser“.

100

Jahre oder älter – so alt werden nach den Prognosen der Vereinten Nationen im Jahr 2050 rund 760.000 Menschen in Europa sein. Zum Vergleich: Im Jahr 1950 gab es in Europa rund 8.000 Hundertjährige.

38%

der Befragten in einer EU-weiten Umfrage nannten „Menschenrechte“ als den Wert, der die Europäische Union am besten repräsentiere. Für ebenso viele war „Demokratie“ der ausschlaggebende Wert.

Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer 74, Februar 2011

108.000

Flüchtlinge sind seit Beginn des Jahres auf dem Seeweg nach Italien gekommen. Mehr als 25.000 Menschen sind seit 2000 auf dem Weg nach Europa gestorben oder verschollen. Das dokumentiert die Datenbank „Migrants Files“, die bisher vollständigste Untersuchung der Einzelschicksale von Migranten.

Quellen: Internationale Organisation für Migration (Stand 08/14), The Migrants Files (Stand 09/14)





» Außensicht

INTEGRATION: MODELL EUROPA

Die Entwicklung der Europäischen Union ist Vorbild für die regionale Integration Afrikas. Warum diese trotzdem völlig anders verläuft, erklärt Gilbert Khadiagala.

Im April 2014 endete der vierte EU-Afrika-Gipfel in Brüssel mit einer Fülle an gegenseitigen Zusagen, wie die beiden Kontinente ihre Beziehungen langfristig vertiefen wollen. Der Gipfel unterstrich die Absicht, Partnerschaften in einem breiten Spektrum von Gebieten zu intensivieren, beispielsweise Demokratie und Regierungsführung, Handel und Investitionen sowie Entwicklung. Obwohl die meisten Beobachter erwarteten, dass der Gipfel von bitteren Auseinandersetzungen über die NATO-Intervention in Libyen und das Thema Handel geprägt sein würde, entschieden sich beide Seiten am Ende, ihre gemeinsamen Interessen und Visionen in den Vordergrund zu stellen. Eine dieser Gemeinsamkeiten wird dabei nur selten thematisiert: die geteilte Vision einer regionalen Integration.

In Europa begann die eigentliche Integration als Projekt zur Friedenssicherung, es war getrieben von der Dringlichkeit, den

kriegsversehrten Kontinent wiederaufzubauen. Durch alle Phasen der institutionellen Integration hindurch – die Verträge von Maastricht und Lissabon, der Binnenmarkt – blieb die Grundidee konstant: Anstrengungen im Länder-Kollektiv zu bündeln, um Probleme gemeinsam lösen zu können.

Europas langjähriges Interesse an der regionalen Integration Afrikas besteht, seit Großbritannien und Frankreich versuchten, Föderationen in ihren Kolonien aufzubauen. Diese wirtschaftlichen und infrastrukturellen Regionalbünde sollten helfen, die Probleme kleiner Ökonomien zu überwinden. Die Kolonialmächte betrachteten Föderationen als effiziente Mechanismen für koloniale Regierungsführung und wirtschaftliche Ausbeutung. Nach Afrikas Dekolonisierung verpflichtete Europa sich in einer Reihe von Handels- und Kooperationsabkommen, Afrikas Entwicklung und Integration zu unterstützen. All diese Abkommen

» ZUR PERSON

Gilbert Khadiagala ist Jan Smuts Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen an der Wits University in Johannesburg, Südafrika.



förderten auch den Aufbau gemeinsamer Institutionen in Afrika.

Seit den 1960er Jahren hat afrikanischer Regionalismus, mit Hilfe des europäischen Engagements, ein bemerkenswertes Wachstum gezeigt. Entscheidende Institutionen sind entstanden, so die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), um nur drei zu nennen. Diese Institutionen spiegeln den schrittweisen Auf-

Angriff auf Afrikas Unabhängigkeit. Doch hat sich über die Jahre der Konsens herausgebildet, dass Europas Teilnahme an afrikanischer Integration sogar dazu beigetragen hat, die Ziele des Panafrikanismus – nämlich politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit – zu stärken. Aus dieser Perspektive betrachtet, hat Europas Unterstützung der afrikanischen Integration die afrikanische Unabhängigkeit gefördert: Sie gab afrikanischen Staaten die Kapazitäten, wirtschaftliche und politische Synergien zu entwickeln und letztlich die

als auch anderer afrikanischer Regionalinstitutionen finanziert. Einige Kritiker beklagen diesen Aspekt der EU-Afrika-Beziehung. Sie bemängeln damit Afrikas Unfähigkeit, seine eigenen Institutionen zu finanzieren. Doch ähnlich wie bei den Debatten der 60er Jahre über Europas Rolle bei Afrikas Integration verfolgt die europäische Finanzierung afrikanischer Institutionen das Ziel, ein Maß an institutioneller Kohärenz und Kompetenz zu erreichen, das es Afrika ermöglicht, langfristig auf eigenen Beinen zu stehen.

Integration ist kein Ereignis, sondern ein Prozess – das ist die große Lektion, die Mitte des 20. Jahrhunderts begann. Die europäische Integration hat schon vor erheblichen Herausforderungen gestanden, etwa der Frage der Mitgliedschaft und in jüngerer Zeit der Finanzkrise und Zweifeln an der Sinnhaftigkeit einer Gemeinschaftswährung. Aber durch alle Schwierigkeiten hindurch hat die schiere Macht der geografischen Nähe das Projekt Integration am Leben gehalten. Nachbarn haben gar keine andere Wahl, als zusammenzuarbeiten. Ähnlich ist es in Afrika: Obwohl der Kontinent mit der Umsetzung der Vision von Integration kämpft, können Hindernisse den Blick auf dieses Ziel nicht verstellen. Wenn die EU Krisen gegenübersteht wie dem Unmut über die übermächtige Hand Brüssels oder den Euro, zieht Afrika Lehren für sich aus diesen Erfahrungen, damit am Ende Institutionen entstehen, die an die afrikanischen Realitäten angepasst sind. Im Bestreben um Integration sind Europa und Afrika seit langem verbunden. ■

Integration ist kein Ereignis, sondern ein Prozess – das ist die große Lektion, die Mitte des 20. Jahrhunderts begann.

bau regionaler Institutionen wider, den auch die europäische Integration erlebt hat. Seit der Gründung der Afrikanischen Union (AU) betrachtet Afrika regionale Institutionen als Bausteine für das Bestreben, innerhalb der kommenden Jahrzehnte eine Afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (AEC) zu errichten. Die Befürworter der AEC sehen diese im Großen und Ganzen als Abbild der EU, deren Institutionen sich nach und nach auf eine gemeinsame Währung zubewegt haben.

Europa hat seine Wirtschaftskraft kontinuierlich dafür eingesetzt, den Gedanken der Unabhängigkeit durch Integration in Afrika voranzutreiben. Allerdings war manch einem Panafrikanisten in den 1960er Jahren die fortbestehende Verbindung zu Europa ein Dorn im Auge – sie interpretierten diese als

Fundamente zu legen, um Afrikas Abhängigkeit von externen Akteuren, einschließlich Europa, zu verringern.

Während der Regionalismus in Europa in einer fruchtbaren Postkonflikt-Situation des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus wachsen konnte, mutierten Afrikas Regionalinstitutionen in den 1990er Jahren zu Feuerwehren, die sich um eine Flut von Konflikten auf dem Kontinent kümmern mussten. Bis heute hat afrikanischer Regionalismus sich kaum davon erholt, Zivilkonflikte zu managen. Europa hat deshalb die Finanzierung für Peacekeeping-Operationen kontinuierlich erhöht und entscheidende Ressourcen zur Postkonflikt-Stabilisierung geliefert.

Umstrittener ist, dass die EU einen substantziellen Teil der Haushalte sowohl der AU

Aus dem Englischen von Judith Reker





WEISSES GOLD

DER BLUES, heißt es, sei auf den Baumwollfeldern Amerikas geboren. Seit die jahrtausendealte Kulturpflanze mit der Industrialisierung zu einem der wichtigsten Textilfaserlieferanten heranwuchs, ist die Arbeit in der Baumwollproduktion und der mit ihr verbundenen Textilindustrie für Millionen Menschen weltweit beschwerlich. In Indien (das Bild zeigt Arbeiter in Madhya Pradesh) und Bangladesch setzt sich die GIZ mit Projekten zur Arbeitssicherheit und Einkommenssteigerung für bessere, faire Arbeitsbedingungen ein. **Fotograf: Jörg Böhling**

TÜRÖFFNER MIT WEITBLICK

Sie beraten deutsche Unternehmer, bauen neue Ausbildungs- und Studiengänge auf, schulen Energiemanager: Fachkräfte in deutschen Auslandshandelskammern arbeiten an der Schnittstelle von Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung, so wie in Chile.

Text Toni Keppeler



Aufstrebend: Chile – hier die Hauptstadt Santiago – verzeichnete in den vergangenen Jahren ein enormes Wirtschaftswachstum. Doch nicht alle profitieren davon.

Im Büro von Siegfried Schröpf hängt eine Weltkarte, auf der die durchschnittliche Zeit des Sonnenscheins in Chile verzeichnet ist. Das schmale, 4.300 Kilometer lange südamerikanische Land zwischen Anden und Pazifik ist auf der Karte von der Mitte bis hinauf in den Norden dunkelrot eingefärbt. „In keinem anderen Land der Welt mit vergleichbarem Entwicklungsstand scheint die Sonne länger“, sagt Schröpf. Deshalb ist er hier, in Providencia, einem belebten Geschäftsviertel Santiagos. Sein Büro liegt in einem kleinen Haus aus der Gründerzeit, eingeklemmt zwischen Hochhäusern aus Glas, Sichtbeton und Stahl.

Schröpf, ein jovialer Mittvierziger, ist Geschäftsführer und Mitbesitzer des mittelständischen Unternehmens Grammer Solar. Das macht, sagt der Chef, „heiße Luft“. Rund 70 Mitarbeiter im süddeutschen Amberg bauen eine besondere Art von Sonnenkollektoren: die klassischen Glasplatten über dunklem Grund, kombiniert mit Photovoltaik-Zellen, die einen Ventilator antreiben. Letzterer verteilt die von der Sonne aufgeheizte Luft, die dann zum Trocknen oder Heizen genutzt werden kann. Das Auswärtige Amt in Berlin ist mit Schröpfs Kollektoren ausgestattet, auch eine Schule in Nepal. Jetzt will er sein Produkt in Chile verkaufen.

Neue Niederlassung in Rekordzeit

Schröpfs erster Kontakt mit dem südamerikanischen Land liegt erst eineinhalb Jahre zurück: Im April 2013 nahm er an einer Reise mit deutschen Unternehmern teil, organisiert von der deutsch-chilenischen Industrie- und Handelskammer (AHK). Dabei bekam er den Eindruck, dass es sich lohnen könne, hier eine Niederlassung zu eröffnen. Im Januar 2014 kam er wieder und schon am 1. März eröffnete er ein Büro, in dem er heute drei Mitarbeiter beschäftigt.

Dass alles so schnell ging, verdankt Schröpf dem eigenen Tatendrang – und der Hilfe von Madeleine Krenzlin. Sie wurde vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), einer Arbeitsge-

meinschaft der GIZ und der Bundesagentur für Arbeit, nach Chile entsandt. Ihr Schreibtisch steht in der AHK. Sie hat Schröpf Steuerberater und Anwälte für die Firmengründung vermittelt und Kontakt zu einer Fachmesse hergestellt, auf der die Firma ihre Kollektoren präsentierte. „Wir arbeiten an der Schnittstelle zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung“, sagt Krenzlin. Jürgen Klenk, Landesdirektor der GIZ in Chile, formuliert es so:

„Die GIZ und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag suchen nach Synergien.“

CIM-Fachkräfte wie Madeleine Krenzlin vermitteln nicht nur Kontakte, sie helfen auch beim Wissensaufbau zu Themen wie Energieeffizienz. Dazu bilden sie beispielsweise Firmenmitarbeiter zu Energiemanagern fort. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Ausbildung von Facharbeitern. In Chile ist das deutsche duale System mit der engen Verzahnung von Theorie und Praxis kaum »

> CHILE



> LÄNDERINFO

Hauptstadt: Santiago de Chile
Einwohner: 17,6 Millionen¹
Bruttoinlandsprodukt: 277,2 Milliarden US-Dollar²
Wirtschaftswachstum: 4,1 Prozent³
Bevölkerungsanteil unterhalb der nationalen Armutsgrenze: 14,4 Prozent⁴
Rang im Human Development Index 2014: 41 (von 187)

Quellen: ^{1,2,3} Weltbank 2013 ⁴ Weltbank 2011

Experten für den weltweiten Einsatz

Projekt: CIM-AHK-Programm

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Schwerpunkte: Energieeffizienz und erneuerbare Energien, berufliche Bildung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung/Kammeraufbau

Beginn: 2011

Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) vermittelt weltweit Integrierte Fachkräfte an Auslandshandelskammern (AHK) und bilaterale Wirtschaftsvereinigungen. Sie arbeiten als Angestellte mit lokalen Arbeitsverträgen, derzeit sind 28 Expertinnen und Experten in 27 verschiedenen Schwellen- und Entwicklungsländern im Einsatz. Zusätzlich beraten sie Unternehmen zu Kooperationsmöglichkeiten mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Integrierten Fachkräfte des CIM-AHK-Programms sind nicht nur an bereits bestehenden AHK im Einsatz, sondern fördern auch den Aufbau neuer Kammern und Wirtschaftsdelegationen – dies ist in Ghana, Algerien oder Aserbaidschan bereits geschehen.

bekannt. „Das sind hier getrennte Welten“, sagt Klenk. Die Betriebe betrachten Ausbildung als Sache der Fachschulen; die wiederum vermitteln ein so praxisfernes Wissen, dass Schulabgänger in Betrieben nicht einsetzbar sind, ohne erst angelehrt zu werden.

Das CIM-AHK-Programm bringt Unternehmen und Ausbildungsinstitute zusammen. „Unsere Fachkräfte von CIM beraten die für Berufsbildungsfragen zentralen Ministerien, die deutsch-chilenische Handelskammer die private Seite“, erklärt Klenk. Ein Vorzeigebeispiel ist der duale Studiengang im Fach Logistik, den die AHK gemeinsam mit der Päpstlichen Katholischen Universität von Chile entwickelt hat. Auch beim Aufbau eines Weiterbildungsprogramms für Mechatroniker haben CIM-Fachkräfte geholfen.

Bildung, Innovation, Energie

Warum engagiert sich Deutschland in einem Schwellenland in Industriebetrieben, die oft Ableger internationaler Konzerne sind? „Chile ist zwar ein Land mit mittlerem Einkommen“, sagt GIZ-Landesdirektor Klenk, „aber es hat ein Grundproblem Lateinamerikas: die soziale Ungleichheit.“ Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung verdient weniger als 400 Euro im Monat. Und das in einem Wirtschaftsmodell, das nach Klenks Einschätzung nicht nachhaltig ist. Denn das relativ hohe Wachstum der vergangenen Jahre ist vor allem dem Export von Rohstoffen wie Kupfer oder Lithium zu verdanken.

Die Regierung hat das erkannt und will vor allem in drei Bereiche investieren: Bildung, Innovation und Energie. Alle drei decken sich mit den Zielen der Zusammenarbeit zwischen den Auslandshandelskammern, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und der GIZ. Die CIM-Fachkräfte beraten, schulen und öffnen Türen. Für ihren Erfolg müssen Unternehmer wie der Solarfabrikant Siegfried Schröpf aber immer noch selbst sorgen. ■

> ANSPRECHPARTNERIN

Elke Peiler > elke.peiler@giz.de

» INTERVIEW

„Erleichtert die Zusammenarbeit enorm“



Volker Treier ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages DIHK.

Herr Treier, das CIM-AHK-Programm gilt als Leuchtturm der Zusammenarbeit zwischen GIZ und DIHK. Wo sehen Sie die Besonderheit des Programms?

Die Integrierten Fachkräfte leisten bei den Auslandshandelskammern genau das, was sich GIZ und DIHK in ihrer Kooperationsvereinbarung vorgenommen haben: Sie vereinen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit gewinnbringend für beide Seiten. Sie führen berufliche Bildung in Lateinamerika ein, kümmern sich um Sozialstandards in Asien oder beraten zu erneuerbaren Energien in Afrika. Das sind Themen, die die deutsche Wirtschaft aktuell beschäftigen, die aber auch für die GIZ relevant sind. Ein Erfolgsfaktor des Programms ist sicher, dass die CIM-AHK-Experten als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit vor Ort sind. Das erleichtert die Zusammenarbeit enorm.

Was erhofft sich der DIHK denn grundlegend von der Kooperation mit der GIZ?

Beide Seiten ergänzen sich hervorragend: Durch die technische und politische Beratung zu gemeinsamen Zukunftsfeldern hilft die GIZ, in Entwicklungs- und Schwellenländern Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen oder zu verbessern. Davon profitieren nicht nur lokale Unternehmen, sondern auch deutsche Kleinunternehmen und Mittelständler. Sie erhalten eine Flankierung für einen erfolgreichen, nachhaltigen Markteinstieg. Zudem arbeiten wir gemeinsam mit der GIZ an der Setzung und Weiterentwicklung hochwertiger Normen und Standards, die auch deutschen Unternehmen nutzen.

Wo sehen Sie die Kooperation von GIZ und DIHK in der Zukunft?

Perspektivisch möchten wir die Zusammenarbeit intensivieren. Eines unserer Ziele ist es, auf fachlicher Ebene den Wissensaustausch zu verstärken, etwa in den Bereichen berufliche Bildung, Energie und Handelsförderung. Deshalb möchten wir auch die Fachveranstaltungen und Fortbildungen beider Organisationen vermehrt zur gegenseitigen Teilnahme öffnen. Zudem ermutigen wir die AHK und GIZ-Landesbüros, sich in Wirtschaftsthemen intensiver zu vernetzen. Nicht zuletzt fassen wir auch die Entwicklung gemeinsamer Geschäftsfelder ins Auge. Die Synergien zwischen DIHK und GIZ erscheinen mir als vielversprechende Basis, um gemeinsam neue Dienstleistungsangebote auszuarbeiten.

Interview: Eva Katharina Dörr



Den Aufschwung besiegeln: So wie dieser Mann profitieren viele Überlebende von den Mikrofinanzangeboten und Arbeitsmöglichkeiten, die mit Hilfe der GIZ geschaffen wurden.

ZEHN JAHRE DANACH

Fast 230.000 Tote forderte der Tsunami 2004 in Südostasien und machte 1,7 Millionen Menschen obdachlos. Damals verwüstete Regionen in Indonesien, Sri Lanka und Thailand haben heute einen funktionierenden Katastrophenschutz und Behörden, die für ihre Bürger da sind.

Text Gabriele Rzepka

Am schlimmsten traf die Flutwelle Indonesien, wo 165.000 Menschen starben. Auch Sri Lanka und Thailand beklagten viele Opfer, ganze Landstriche wurden zerstört. Noch nie zuvor haben spontan so viele Staaten Gelder bereitgestellt, noch nie so viele Privatpersonen gespendet wie nach dieser Katastrophe. Im Auftrag der Bundesregierung setzte die GIZ zahlreiche Projekte um. In den ersten Monaten des Jahres 2005 ging es um reine Nothilfe – Lebensmittel, Medikamente, Zelte. Doch schon bald hatte der Wiederaufbau Priorität: Häuser instand setzen, die Wasserversorgung sichern, die wirtschaftliche Entwicklung ankurbeln.

Besonders stark verwüstete der Tsunami die Provinz Aceh auf Sumatra. Wolfgang Hannig von der GIZ erinnert sich an den Wiederaufbau in Aceh: „Unser erstes Ziel war, zumindest den Status quo vor dem Tsunami wiederherzustellen.“ Nähmaschinen für Schneiderinnen oder Werkstätten kleiner Reparaturbetriebe wieder einrichten – das waren die ersten Schritte. Vor dem Tsunami herrschte in der Region Bürgerkrieg, die GIZ war dort nicht tätig. Angesichts der dramatischen Lage schlossen Rebellen und Regierung einen Friedensvertrag, der den Boden für eine langfristige Entwicklung bereitete.

Um wieder in einen normalen Alltag zurückkehren zu können, brauchten die Menschen Arbeit und Einkommen. Die GIZ unterstützte im Auftrag der Bundesregierung dörfliche Spar- und Kreditvereine und kleine Banken, so dass diese den Betrieben rasch Kapital zur Verfügung stellen konnten. Der Erfolg hält bis heute an, so stieg die Zahl der vergebenen Kredite etwa bei der geförderten Kleinbank BPRS Hikmah Wakilah von 200 im Jahr 2008 auf 1.000 im Jahr 2014. Ein Besuch bei einem Kreditverein ist Hannig noch heute präsent: „Der Vorsitzende erklärte mir, ohne die Katastrophe wäre der Krieg nicht beendet worden. Ohne den neuen Frieden wäre es den Menschen nicht möglich gewesen, ihr Leben auch wirtschaftlich wieder in die Hand zu nehmen.“

Der entstehende Arbeitsmarkt in Indonesien benötigte Fachkräfte, doch die Berufsschulen waren zerstört. Die KfW Entwicklungsbank stellte Geld zur Verfügung, um elf

wieder aufzubauen. Um moderne Didaktik und praxisnahe Ausbildung ging es auch bei der Lehrerfortbildung unter Federführung der GIZ. Stand die berufliche Bildung in der Vergangenheit oft abseits des betrieblichen Alltags, fließen heute die Bedürfnisse der Firmen – darunter Autohersteller und Fluggesellschaften – in den Lehrplan ein. Allein die drei Berufsschulen in Banda Aceh bilden heute, in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen, 2.300 Schüler in 23 Berufen aus.

Neue Pässe und Gesundheitsstationen

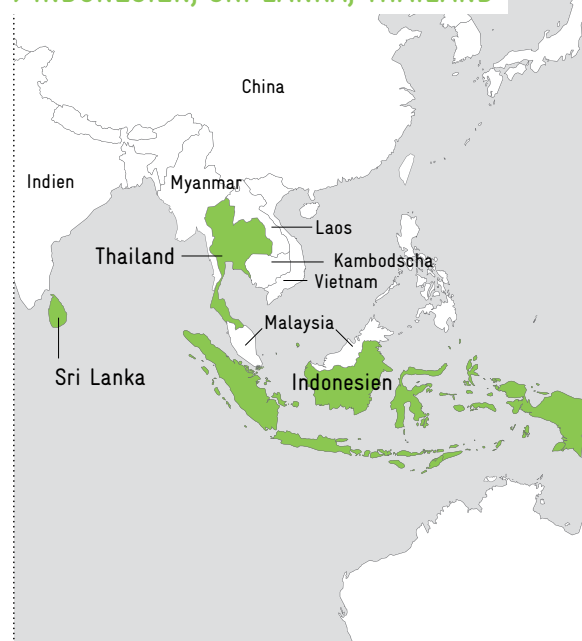
Auch bürokratische Hürden türmten sich Anfang 2005 vor den Einwohnern auf. Personalausweise und Geburtsurkunden waren in den Fluten versunken. Ohne sie konnten die Menschen keine Landtitel oder Unterstützung beanspruchen. Hannig erklärt die pragmatische Lösung: „Mit mobilen Bürgerbüros in Kleinbussen gingen staatliche Behörden erstmals auf die Menschen zu. Registrierung, Ausstellung der Dokumente: In den rollenden Einwohnerämtern war alles möglich.“ Damit nicht genug: Das schon vor dem Tsunami marode Einwohnermeldewesen sollte langfristig auf solide Füße gestellt wer-

den. Um breite Akzeptanz zu schaffen, holte die GIZ die islamischen Geistlichen mit ins Boot. Sie prüften das neue System und erließen eine Fatwa, eine islamische Rechtsentscheidung, zugunsten des Einwohnermeldewesens. Heute sind die Behörden acht Stunden pro Tag an fünf Tagen der Woche für die Bevölkerung da, für 85.000 Einwohner allein das Einwohnermeldeamt von Aceh Jaya. In den vergangenen drei Jahren stellte es unter anderem Tausende Geburtsurkunden aus.

Ein weiteres drängendes Thema war die Gesundheitsversorgung. Die KfW Entwicklungsbank investierte in das Provinzkrankenhaus und in Gesundheitsstationen. Gemeinsam mit lokalen Behörden modernisierte die GIZ das vorhandene Informationssystem. Heute bildet es eine der Grundlagen für die erfolgreiche Haushaltsplanung im Gesundheitsbereich: Das von der Regierung dem Provinzkrankenhaus zugewiesene Budget hat sich in den vergangenen vier Jahren verdoppelt.

„In Aceh“, fasst Hannig die Arbeit der GIZ zusammen, „haben wir nur solche Ansätze verfolgt, die von Anfang an wichtige lokale Akteure einbinden und die die Menschen nach relativ kurzer Zeit auch ohne uns fortsetzen können.“

> INDONESIA, SRI LANKA, THAILAND



> LÄNDERINFO INDONESIA

Hauptstadt: Jakarta
Einwohner: 249,9 Millionen¹
Rang im Human Development Index 2014: 108 (von 187)

> SRI LANKA

Hauptstadt: Colombo (de facto)
Einwohner: 20,5 Millionen²
Rang im Human Development Index 2014: 73 (von 187)

> THAILAND

Hauptstadt: Bangkok
Einwohner: 67 Millionen³
Rang im Human Development Index 2014: 89 (von 187)

Quelle: ^{1, 2, 3} Weltbank



❶ Banken in Aceh geben heute mehr Kredite aus. Das stärkt kleine und mittlere Unternehmen. ❷ Raumplanung und Krisenprävention haben seit dem Tsunami hohe Priorität. ❸ Freiwillige im thailändischen Katastrophenschutz bei einer jährlichen Simulation. Im Ernstfall wollen sie bereit sein.

In Sri Lanka verwüstete die Welle besonders die Ost- und Südküste sowie den Norden. Anders als in Aceh war die GIZ hier schon lange aktiv und konnte auf bestehende Kontakte und Infrastruktur zurückgreifen. Peter Seibert, der im Süden der Insel arbeitete, blickt zurück: „Anders als in Aceh hat der Tsunami auf Sri Lanka den Bürgerkrieg nicht beendet. Das erschwerte die Arbeit im Norden und Osten der Insel. Im Süden dagegen konnten wir mit der Bevölkerung eng zusammenarbeiten.“ Bewohner und GIZ-Mitarbeiter bauten Berufsschulen und Krankenhäuser wieder auf. Vor allem Frauen profitierten von Schulungen für Existenzgründer. In der Stadt Galle schlossen sich rund 70 Fischer zu einer Genossenschaft zusammen. Seibert erläutert das Prinzip: „Jeder Fischer tätigte eine Einlage in die Genossenschaft, die mit zusätzlichen Mitteln noch aufgestockt wurde. Danach haben wir den Buchhalter geschult. Heute bildet die Genossenschaft Rücklagen, die Fischer vermarkten ihre Produkte gemeinsam.“

Auch für die vielen Menschen im informellen Sektor und in Kleinbetrieben eröff-

neten sich neue Perspektiven. Mit drei Mikrofinanzinstituten entwickelte die GIZ im Auftrag der Bundesregierung maßgeschneiderte Finanzprodukte. Heute profitieren zahlreiche kleine und mittlere Betriebe von der damals angestoßenen Entwicklung, von Kleinkrediten bis hin zu Schulungen und Beratungen.

Der thailändischen Regierung ging es nach dem Tsunami um ganz spezifische Projekte. Die Anzahl der Toten und die Höhe der Schäden wären durch ein funktionierendes System dezentraler Katastrophenvorsorge deutlich geringer gewesen. Mit dem Katastrophenschutzamt des Innenministeriums entwickelte die GIZ in zwei Pilotgemeinden Katastrophenschutzsysteme und Schulungsmaterialien. In enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entstanden Evakuierungs- und Notversorgungspläne sowie verschiedene Frühwarnsysteme. Freiwillige aus den Ortschaften wurden mit Hilfe von Handbüchern zum Katastrophenrisikomanagement geschult, so dass sich Entscheidungsstrukturen und Know-how in den Gemeinden etablierten. In Simulationen übte die Bevölkerung

den Ernstfall. Für Eberhard Blanke, damals mitverantwortlich für das GIZ-Projekt, ist das der Dreh- und Angelpunkt: „Die Menschen müssen die Abläufe regelmäßig durchspielen, damit im Ernstfall jeder Handgriff sitzt.“

Das Katastrophenschutzamt war von dem Ansatz so überzeugt, dass es ihn auf Risikogebiete im gesamten Land ausgeweitet hat. Mit Hilfe der von der GIZ verfassten Lehrmaterialien wurden 75 Trainer ausgebildet, die ihr Wissen in die Provinzen trugen. Blanke ist zufrieden: „Allein im Jahr 2014 hat die Katastrophenschutzabteilung die Bevölkerung in weiteren 780 Dörfern ausgebildet. Einmal im Jahr veranlasst die Regierung eine Notfallübung in jeder Gemeinde. Das heißt, die Bevölkerung lebt die Katastrophenprävention weiter.“ Zehn Jahre nach dem Tsunami können die Menschen in den betroffenen Regionen wieder aufatmen – auch durch die Zusammenarbeit mit Deutschland. ■

➤ ANSPRECHPARTNER

Alexander Köcher > presse@giz.de



DRÄNGENDE FRAGEN

Auch wenn die Weltgemeinschaft im Kampf gegen den Hunger schon viel erreicht hat, fehlen noch immer mehr als 800 Millionen Menschen die nötigsten Lebensmittel. Woran die globale Versorgung krankt – und welche Lösungen es gibt.

Text Philipp Hedemann

Den Anteil der Hungernden zwischen 1990 und 2015 zu halbieren, ist Teil des ersten Millenniumsentwicklungsziels. Auch die Bundesregierung kämpft mit der Initiative „Eine Welt ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür, dieses Ziel zu erreichen. Doch 2014 hungerten laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) immer noch 805 Millionen Menschen – jeder neunte Erdbewohner. Dabei wurden bereits große Fortschritte erzielt: Zwischen 2010 und 2012 litten noch 868 Millionen Menschen Hunger, 1990 war es mehr als eine Milliarde Menschen.


Doch unter anderem das Bevölkerungswachstum und die Auswirkungen des Klima-

wandels stellen große Herausforderungen dar. Auch wenn weniger Menschen verhungern, leidet rund ein Drittel der Bevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern unter dem sogenannten „versteckten Hunger“, einem Mangel an Mikronährstoffen. Nach Schätzungen der FAO sind allein deshalb weltweit rund 162 Millionen Kinder kleinwüchsig und 99 Millionen untergewichtig.

Im Jahr 2050 werden rund neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Pro Kopf stehen also immer weniger Ackerfläche und Weideland zur Verfügung. Weltweit steigt der Fleischkonsum und die Flächen werden größer, auf denen Pflanzen für die Bioenergieproduktion angebaut werden. Damit trotzdem alle satt werden, muss sich die Lebensmittelproduktion nach Schätzungen der FAO bis »

ERNÄHRUNG SICHERN

Neue Antworten auf die Herausforderungen der Welternährung gibt die German Food Partnership. Das Projekt unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bringt öffentliche und private Partner zusammen. Führende Unternehmen wollen gemeinsam mit lokalen Akteuren stabile Wertschöpfungsketten in Schwellen- und Entwicklungsländern aufbauen. Die GIZ koordiniert die Partnerschaft.

 www.germanfoodpartnership.de

2050 mindestens verdoppeln. Möglich ist das nur über eine Steigerung der Produktivität. Vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen die meisten Hungernden leben, gibt es noch viel Potenzial.

Bauern in Subsahara-Afrika erwirtschaften durchschnittlich nur 0,5 bis 1,5 Tonnen Getreide pro Hektar. Ihre Kollegen in Deutschland hingegen ernten auf der gleichen Fläche bis zu acht Tonnen. Bessere Düngemittel und Pflanzenschutzmittel sowie Saatgut und eine effizientere Bewässerung können Erträge steigern. Einige Experten und Konzerne wollen Hunger auch mit ertragreichen gentechnisch veränderten Pflanzen bekämpfen. Da die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt jedoch kaum erforscht sind, ist dieser Ansatz umstritten.

Ökologische Anbaumethoden

Eine weitere Herausforderung stellt die schrumpfende Anbaufläche dar. 20 Millionen Hektar Acker und Weide – das entspricht mehr als der halben Fläche Deutschlands – gehen derzeit jedes Jahr verloren. Straßen- und Häuserbau, der Anstieg des Meeresspiegels und fortschreitende Wüstenbildung schlucken Felder; Übernutzung, Überweidung, falsche Bewässerung, Abholzung und Erosion laugen die Böden aus. Ökologische Anbaumethoden wirken der Auszehrung entgegen. Auch wenn die Erträge kurzfristig oft geringer sind, ist die Ökolandwirtschaft somit der nachhaltigere Weg, die Ernährung langfristig zu sichern.

Produktionssteigerung ist nicht der einzige Weg, den Hunger zu bekämpfen. Auch der Umgang mit Lebensmitteln muss verbessert werden. Laut einer Studie des Swedish Institute for Food and Biotechnology geht weltweit ein Drittel der produzierten Nahrung verloren. Unter anderem weil Transport- und Lagermöglichkeiten fehlen, verderben jedes Jahr rund 1,3 Milliarden Tonnen Essen.

Der Hunger in seinem schieren Ausmaß und all seiner Komplexität stellt eine drängende Aufgabe für die Weltgemeinschaft dar. ■

ANSPRECHPARTNER

Gerd Fleischer > gerd.fleischer@giz.de

» INTERVIEW

„Auf Afrika kommt es an“



Gerd Fleischer ist Leiter des Kompetenzzentrums Agrarhandel, Agrarwirtschaft und Standards der GIZ.

Was muss getan werden, damit die Produktion von Nahrungsmitteln weiter steigt, ohne dass dabei die ökologischen Grenzen unseres Planeten gesprengt werden?

Der Bedarf an Lebensmitteln steigt aus verschiedenen Gründen, das Wachstum der Weltbevölkerung ist nur einer davon. Diese zusätzliche Nachfrage kann der jetzige Weltmarkt nicht decken, sondern die lokale Produktion muss sich erhöhen, besonders in Afrika, wo die Erträge sehr niedrig sind. Sie liegen zum Beispiel bei Getreide zwischen einer und zwei Tonnen pro Hektar, während sie in Asien oder Lateinamerika zwischen fünf und sieben Tonnen betragen. Wenn wir es schaffen, in Afrika mit den andernorts schon gängigen Produktionsmethoden höhere Erträge zu erzielen, können wir die Weltbevölkerung ernähren, ohne den Planeten zu überfordern. Es kommt also ganz entscheidend auf Afrika an.

Ernährungssicherung ist schon länger ein Thema. Die GIZ beteiligt sich an der German Food Partnership. Warum? Was ist das Neue, das Besondere an der Partnerschaft?

Hier schließen sich mehrere Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette eines Produkts zusammen, von der Aussaat über die Ernte bis hin zur Vermarktung. Höhere Erträge lassen sich nur erzielen, wenn viele Dinge zusammenkommen. Es reicht nicht, neue Pflanzensorten einzuführen, wenn die Ernte hinterher nicht gut vertrieben wird. Wir brauchen den gesamten Produktionszyklus – und genau das machen wir mit der German Food Partnership. Zum Beispiel rund um die Kartoffel in Kenia und Nigeria. Wir schaffen eine Plattform, an der sich einerseits Firmen wie die K+S AG oder der Landmaschinenhersteller Grimme beteiligen und andererseits eine Vielzahl von Kleinbauern. Auf diese Weise versuchen wir, die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika zu modernisieren.

Manche meinen, die German Food Partnership sei wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Privatsektor nur eine versteckte Form der Wirtschaftsförderung und arbeite zudem mit den „Falschen“ zusammen.

Die Firmen bekommen kein Geld von uns, sondern sie müssen im Gegenteil etwas für diese Partnerschaft tun. Sie beteiligen sich entweder mit Eigenleistungen oder finanziellen Beiträgen, wobei die private Wirtschaft bei jedem Projekt mindestens die Hälfte der Kosten trägt. Dass wir nur mit großen deutschen Unternehmen zusammenarbeiten würden, ist ebenfalls nicht zutreffend. Wir sind überhaupt nicht festgelegt, sondern schauen, wo die Innovationskraft liegt, die wir zum Beispiel brauchen, um angemessene Maschinen für die kleinteilige afrikanische Landwirtschaft bereitzustellen. Und natürlich kooperieren wir auch mit lokalen Firmen, das versteht sich von selbst.

Interview: Friederike Bauer



ARBEIT AN DER ZUKUNFT

Über den Abzug der Bundeswehr 2014 hinaus werden die Lebensgrundlagen der Menschen in Afghanistan Schritt für Schritt stabilisiert, auch mit Hilfe der GIZ. Ein Besuch in Badakhshan.

Text und Fotos Dieter Herrmann

Die Provinz Badakhshan im äußersten Nordosten Afghanistans ist eine der ärmsten Provinzen des Landes – und eine der schönsten. Nur gut 300 Kilometer Luftlinie von Kabul entfernt, findet man sich hier in einer anderen Welt wieder. Zwischen den Bergen des Hindukusch und denen des Karakorum liegt eine wildromantische Landschaft, durchzogen von mächtigen Flüssen. Schon mehr als 1.000 Jahre leben Menschen in dieser Region, die früher zu den unzugänglichsten Gegenden Asiens zählte.

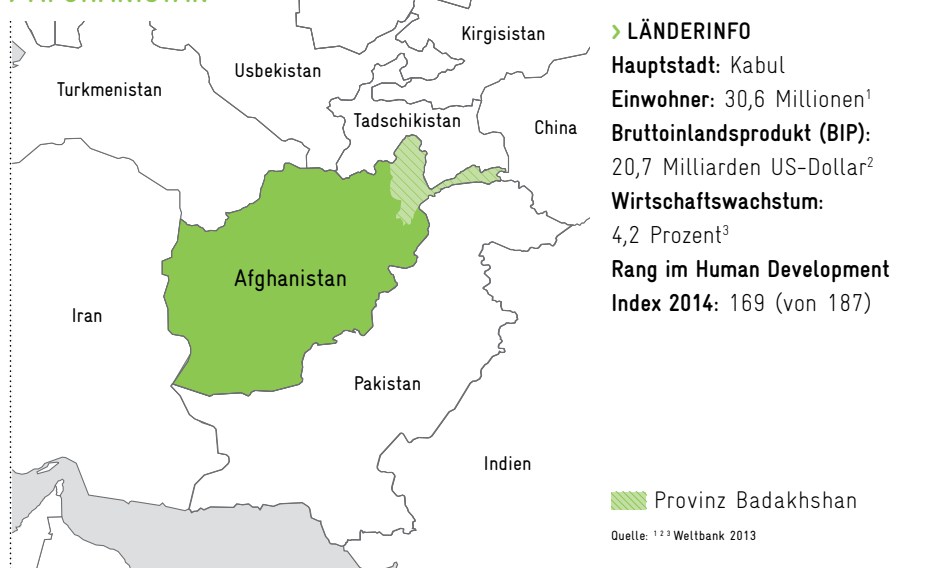
Unser Ziel ist der Bezirk Argo. Von der Provinzhauptstadt Faizabad bis hierher – eine Entfernung von 15 Kilometern Luftlinie – braucht man gut eine Stunde. Wir sind unterwegs auf Straßen im afghanischen Hochgebirge. Unser Fahrer bringt uns zum Dorf Ab-E-Barik. Das erste, was wir sehen, sind Zelte. Dutzende, vielleicht Hunderte von Zelten, die überall dort aufgebaut sind, wo der Boden einigermaßen eben ist.

Tödliche Schlammlawine

Ein afghanisches Sprichwort besagt: „Wenn du als junger Mensch dem Berg wehtust, wird er sich später an dir rächen.“ Manchem hier scheint, als sei genau das passiert, als hätten die Menschen dem Berg, auf dem Ab-E-Barik liegt, Schmerzen zugefügt. Am 2. Mai 2014 fing der Berg plötzlich an, sich zu bewegen. Ganz langsam zuerst und dann immer schneller. Riesige Massen von Schlamm stürzten hinab, mit tödlichen Folgen. Zu den ersten Opfern gehörten die Gäste einer Hochzeit. Viele weitere Menschen wurden verschüttet, erdrückt. Noch immer liegen die Leichen in den Schlammbergen, die jetzt das Tal füllen. Die Regierung hat das, was der Erdbeben hinterlassen hat, zum Massengrab erklärt.

Wie viele Menschen getötet wurden, weiß bis heute niemand genau. Es sind wohl mehrere Hundert. Dorfbewohner Tariq Bukhari sagt, jeder im Ort habe Angehörige verloren. „Wir waren in unserem Haus. Plötzlich hörten wir weit über uns ein dumpfes Grollen und ein Rauschen, das wir uns nicht

> AFGHANISTAN



erklären konnten. Schon nach ein paar Sekunden wurden die Wände vieler Häuser eingedrückt.“ Rund 400 Familien, mehr als 2.000 Menschen, leben jetzt in Zelten: Sie trauen sich nicht zurück in ihre Häuser. Doch bis zum Winter sind es nur noch ein paar Monate. In der kalten Jahreszeit fällt viel Schnee, die Temperaturen sinken auf bis zu minus 15 Grad.

Unterstützung kommt von der afghanischen Regionalbehörde Department of Rural Rehabilitation and Development. Maqsd Shukrikhudoev arbeitet dort als Entwicklungshelfer für die GIZ. „Die Hilfe für die Menschen, die den Erdbeben überlebt haben und jetzt nicht in ihre Häuser zurückkönnen, ist ein enorm wichtiger Schritt“, sagt Shukrikhudoev. „Für viele ist er vermutlich sogar überlebenswichtig. Doch es müssen unbedingt weitere Schritte folgen, um Katastrophen wie die im Bezirk Argo in Zukunft zu verhindern.“

Tödliche Schlammlawinen sind hier im Nordosten des Landes keine Seltenheit. Das war nicht immer so. In den vergangenen 30 oder 40 Jahren wurden die Wälder auf den Hängen weitgehend abgeholzt. Mit den Bäumen ging die Stabilität verloren, die sie dem Boden gaben. Das Bevölkerungswachstum

und die kriegsbedingte Flucht aus den Städten haben den Bedarf an Brennholz zum Heizen und Kochen so gesteigert, dass heute fast alle Hänge der Region kahl sind. Dieser Kahlschlag, sagen die Menschen, sei schmerzhaft für den Berg.

Dem Berg wieder Halt geben

Vor allem oberhalb der Dörfer müssen die gefährdeten Abhänge nun schnell befestigt werden. „Wir brauchen hier Bäume, ganz dringend sogar“, sagt Christian Poschmann von der GIZ. „Doch bis sie groß genug sind, benötigen wir Übergangslösungen. Wilder Rhabarber wächst sehr schnell und gibt dem Boden guten Halt.“ Wichtig sei zudem, dass langfristig solche Bäume angepflanzt werden, die den Dorfbewohnern eine zusätzliche Einkommensquelle erschließen, wie Mandel- oder Obstbäume. „Sonst“, so Poschmann, „werden die ganz schnell wieder zu Brennholz verarbeitet.“

Beobachter wissen inzwischen genau, wo das Risiko eines Erdbebens besonders hoch ist. „Wir haben eine ganze Reihe von Untersuchungen gemacht“, sagt Björn Richter von der GIZ. „An den besonders gefährdeten Stellen müssen wir mit vorbeugen- »



den Maßnahmen ansetzen.“ Zudem müsse die Bevölkerung über die Situation und die Gefahren aufgeklärt werden. Nur mit Hilfe von Informationen können die Menschen erkennen, wo ein sicherer Platz zum Bau eines Hauses ist.

Die starken Frauen von Faizabad

Wir kehren zurück in die Provinzhauptstadt Faizabad. Ein Fundament für ihre Zukunft schaffen, das wollen auch die Frauen aus Faizabad. Wir treffen Pohanmal Hassam Natiq, die in der Provinz Badakhshan das afghanische Frauenministerium vertritt. „In den zurückliegenden Jahrzehnten wurden die Rechte der Frauen immer wieder massiv beschnitten“, sagt sie. „Doch auch wir sind inzwischen in der Neuzeit angekommen und wollen unsere eigene Arbeit machen.“

Unterstützt von der Bundesregierung entsteht ganz im Westen der Stadt ein neues Frauenzentrum. Noch ist es eine Baustelle. In ein paar Monaten soll zunächst eine Markthalle fertig sein, etwas später folgt ein kleines Bildungszentrum. Ein Markt „von Frauen für Frauen“, das ist genau das, was sich der überwiegende Teil der weiblichen Bevölkerung von Faizabad wünscht. Natürlich gibt es bereits einen großen Marktplatz in der Stadt. Doch bisher ist es nahezu ausgeschlossen, dass eine Frau dort einen Stand betreibt. Nur sehr wenigen ist es bisher gelungen, sich in der Männerwelt des Handels Platz zu verschaffen. „Außerdem gibt es auf

- ❶ Bild der Furcht: Nach dem Erdbeben leben die Menschen in Zelten, viele trauen sich nicht zurück in ihre Häuser.
- ❷ Blick nach vorn: Die GIZ will in Afghanistan Perspektiven schaffen, auch für die junge Generation.
- ❸ Beschwerlich: Für die Menschen in dem kriegsgeschüttelten Land ist es weiterhin schwierig, das tägliche Auskommen zu bestreiten.
- ❹ Entschlossen: Frauen in Faizabad wollen arbeiten.

dem alten Markt fast nur Ramsch“, sagt Pohanmal Hassam Natiq. „Warum sollen wir Fruchtsaft aus anderen Ländern kaufen, der vielleicht von zweifelhafter Qualität ist? Wir können es hier vor Ort viel besser.“

Doch Produktionsbetriebe aufzubauen, die lokale Produkte verarbeiten und vermarkten – das gehe nur gemeinsam. Hinter dem deutsch-afghanischen Projekt steckt denn auch jede Menge vereinte Willens- und Tatkraft. „Endlich“, sagen die Beteiligten, „können wir unsere Fähigkeiten nutzen und selbst zum Unterhalt unserer Familien beitragen.“ Auf dem neuen Markt Säfte anzubieten, dafür können sich viele von ihnen begeistern. Auch Handarbeiten aus Kaschmirwolle und Schmuckstücke aus dem vor allem in Badakhshan vorkommenden Lapislazuli möchten sie fertigen. Andere Frauen würden frische Backwaren, Milchprodukte oder Snacks aus Reis und Kartoffeln anbieten. Die Frauen sollen den Markt selbst verwalten, bei Schwierigkeiten wird das Ministerium sie unterstützen. Wenn die Markthalle fertig ist, dürfte es nicht lange dauern, bis alle Stände vergeben sind. „Schon jetzt fragen die Frauen bei uns an. Sie vertrauen auf die Hilfe aus Deutschland“, sagt Pohanmal Hassam Natiq.

Allerdings sind noch nicht alle Probleme überwunden. Bis auf weiteres wird es den Händlerinnen nicht möglich sein, Produkte anzubieten, die gekühlt werden müssen. In Faizabad, immerhin die Hauptstadt der Provinz mit knapp 100.000 Einwohnern, gibt es nur zwischen 18 und 22 Uhr elektrischen Strom. Ein Wasserkraftwerk am Koktscha-Fluss ist seit Jahren geplant und soll zum großen Teil von Deutschland finanziert werden. Aus Kabul fehlt bisher die Baugenehmigung, weil unklar ist, wer die Wartungskosten übernimmt. Trotz allem: Die Frauen sind optimistisch und freuen sich auf die Eröffnung des Marktes. ■

» ANSPRECHPARTNER

Björn Richter > bjorn.richter@giz.de

» PORTRÄT



Kleider made in Mazar-e Sharif

Vormittags ist Huda Lehrerin für Literatur, anschließend führt sie ihr eigenes kleines Unternehmen. Die quirlige Frau aus Mazar-e Sharif hat mit deutscher Unterstützung eine florierende Schneiderei im Basar der Großstadt aufgebaut und beschäftigt mittlerweile 15 Angestellte. „Gerade habe ich einen Großauftrag für Schuluniformen bekommen“, sagt sie, während sie letzte Hand an ein Hochzeitskleid legt. Ein solches festliches Kleid kostet umgerechnet 130 Euro – in Afghanistan eine gewaltige Summe. Frauen, für die ein Brautkleid unerschwinglich ist, können bei Huda auch eines leihen.

Anschubhilfe für den Aufbau ihrer Firma – rund 3.200 Euro – bekam Huda über einen Start-up-Fonds der GIZ. Zwischen 2010 und 2012 bot die GIZ diese Förderung in den Provinzen Balkh, Kunduz, Takhar und Badakhshan an. Vor einer Jury mit Vertretern afghanischer Wirtschaftsverbände und der Handelskammer mussten die Bewerberinnen und Bewerber ihren Geschäftsplan vorstellen. 133 Gründer bekamen den Zuschlag, 37 von ihnen waren Frauen. Die Nachwuchsunternehmer bekamen ein Training und wurden von Mentoren betreut. Bis heute sind durch ihre Betriebe 560 Arbeitsplätze entstanden.

Schneiderin Huda steckt weiterhin voller Pläne: Demnächst will sie auch Winterjacken anbieten. Außerdem soll neben der Schneiderei ein kleiner Laden entstehen, der die eigenen Modelle vermarktet. „Afghanische Frauen wollen Qualität und keine Billigware.“ Die Firmenlenkerin denkt bereits über Onlinevermarktung und Exporte ins Ausland nach. Zugleich bildet sie Schneiderinnen aus. Ihr Mann betrachtet die Aktivitäten, die der Familie ein zusätzliches Einkommen beschern, mit Wohlwollen. Hudas größte Herausforderung ist es jetzt, weitere Nähmaschinen und größere Räume zu finden, damit sie die Nachfrage ihrer Kundinnen bewältigen kann.

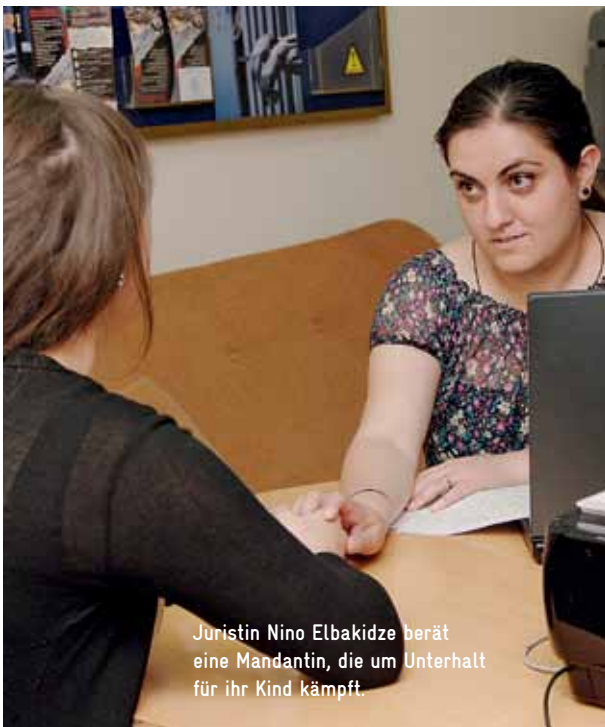
ANWÄLTIN DER FRAUEN

Nino Elbakidze, Rechtsexpertin aus Georgien

Fotos Vakhtang Kuntsev-Gabashvili

Eine starke Gesellschaft braucht starke Frauen, davon ist Nino Elbakidze fest überzeugt. Die Georgierin kämpft bei der Menschenrechtsorganisation „Artikel 42 der Verfassung“ dafür, dass Frauen in ihrem Heimatland ihre Rechte besser kennen und sie auch durchsetzen können. In Artikel 42 der georgischen Verfassung „geht es um das Recht jedes Bürgers, seine Rechte vor Gericht geltend zu machen und sich durch einen Anwalt verteidigen zu lassen“, erklärt die 33-Jährige den Na-

men der Organisation. In einem Bericht des Weltwirtschaftsforums zur Gleichstellung der Geschlechter lag Georgien im Jahr 2013 nur auf Platz 86 von 136 untersuchten Ländern. Die GIZ, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Rechts- und Justizreform im Südkaukasus begleitet, hat gemeinsam mit „Artikel 42“ ein Handbuch für Frauenrechte veröffentlicht und bereits mehr als 1.000 Frauen zu Multiplikatorinnen ausgebildet. ■



Juristin Nino Elbakidze berät eine Mandantin, die um Unterhalt für ihr Kind kämpft.



Besonders Frauen auf dem Land benötigen mehr Aufklärung über ihre Rechte.



ERFOLGSGESCHICHTEN:

Diese und weitere Erfolgsgeschichten aus aller Welt zeigt eine Serie mit Video-interviews: www.giz.de/geschichten



Im Konferenzraum von „Artikel 42 der Verfassung“ werden Gesetzestexte diskutiert.



Auch Männer, die sich scheiden lassen wollen, suchen den Rechtsbeistand der Anwältin.

DIREKT BEI DEN MENSCHEN

Die Entwicklungshelfer der GIZ sind Experten aus verschiedenen Bereichen. Ihr spezielles Wissen bringen sie für eine bestimmte Zeit als Berater an der Basis ein. Nach der Rückkehr engagieren sich viele von ihnen auch in der Heimat für die Gesellschaft.

Text Detlev Tenzer

Ecuaadors Journalistennachwuchs ausbilden, im Gazastreifen Menschen mit Behinderung fördern, die waldfreundliche Landwirtschaft in Laos voranbringen: Entwicklungshelfer der GIZ sind immer dann gefragt, wenn es darum geht, direkt mit den Menschen vor Ort etwas zu bewegen. „Unsere Entwicklungshelfer verbinden fachliche und interkulturelle Kompetenz mit sozialem Engagement“, erklärt Petra Mutlu, Leiterin des Entwicklungsdienstes der GIZ. Das Engagement der Entwicklungshelfer ist mit der deutschen Regierung und mit den Regierungen der Partnerländer vereinbart. Oft sind die Helfer in den Regionen mit den Menschen vor Ort tätig und kooperieren sehr eng mit örtlichen nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen. Durch ihre lokale Präsenz ergänzen sie die Arbeit der GIZ auf nationaler und regionaler Ebene.

An der Seite von Bauernfamilien

Zum Beispiel Ronald Siegmund-Stuckenberg: Der Agraringenieur arbeitet für das Programm „Klimaschutz durch Walderhalt“, das die GIZ in Laos im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchführt. Gemeinsam mit dem laotischen Amt für Landwirtschaft und Forst arbeitet Siegmund-Stuckenberg mit Bauern in der Provinz Houaphan daran, deren Lebens- und Einkommensverhältnisse zu verbessern, damit sie nicht durch die Brandrodung von Waldflächen zum Anstieg der CO₂-Emissionen beitragen. „Wir beraten Bauernfamilien,



MARTIN SCHACHNER, ECUADOR, arbeitet mit Kakaobauern im Biosphärenreservat Sumaco zusammen.



ANJA FRIEDRICH, GHANA, berät den Dachverband der ghanaischen Kreditgenossenschaften beim Kreditrisikomanagement.



KATHARINA BOHL, BRASILIEN, berät eine brasilianische Partnerorganisation bei der Vermarktung von Früchten und Naturölen.

FOTOS: MARTIN SCHACHNER (S. 42 OBEN LINKS), PRIVAT (S. 42 RECHTS), FLORIAN KOPP/GIZ (S. 42, 43 UNTEN), STEPHAN HÄRTEL/GIZ (S. 43 OBEN)

wie sie ihre Geflügel- und Rinderzucht verbessern können. In Laos und den Nachbarländern ist die Nachfrage nach Fleisch ungebrochen hoch. Könnten die Bauern diese Nachfrage kontinuierlich und zu wirtschaftlichen Bedingungen bedienen, dann müssten sie keine weiteren Waldflächen in Ackerland umwandeln, um ihre Existenz zu sichern“, erklärt Siegmund-Stuckenberg. Der Entwicklungshelfer verfolgt zwei Ansätze. Mit dem Anbau bestimmter Futterpflanzen sollen Engpässe ausgeglichen und Rinder gezielt für den Markt gemästet werden. Außerdem werden Hühnerküken regelmäßig geimpft, um so ihre Haltung zu verbessern und die Zucht rentabel zu machen. „Wir wenden diese Techniken auf Musterbetriebe an und machen die Vorteile bei Schulungen für die gesamte Dorfgemeinschaft einem breiten Publikum bekannt.“

Siegmund-Stuckenberg ist einer von rund 860 Entwicklungshelfern, die in Partnerorganisationen der GIZ in 56 Ländern arbeiten. Die GIZ zählt zu den sieben staatlich anerkannten Trägerorganisationen des Entwicklungsdienstes. Bei der Auswahl, Vorbereitung und Entsendung von Entwicklungshelfern kann das Unternehmen auf mehr als 50 Jahre Erfahrung zurückgreifen. „Die GIZ stellt das größte Kontingent an Entwicklungshelfern in Deutschland. Unsere Entwicklungshelfer engagieren sich überwiegend im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zu-



STEFANIA DEL TORSO, TADSCHIKISTAN, förderte als Marketingexpertin bis 2013 nachhaltigen Tourismus.



sammenarbeit und Entwicklung“, sagt Mutlu. Der Einsatz von Entwicklungshelfern kann auch im Rahmen von Projekten anderer Bundesministerien sowie internationaler Institutionen und Organisationen geschehen. Das Bundesumweltministerium und die Regierung von Botsuana nutzen diese Möglichkeit bereits.

Gezielt ausgewählt und vorbereitet

Allen Entwicklungshelfern der GIZ ist gemein, dass sie gezielt für eine bestimmte Aufgabe ausgewählt und vorbereitet werden und dieser dann bei einer ausländischen Partnerorganisation der GIZ nachgehen. Dementsprechend rekrutiert die GIZ in Deutschland und Europa berufserfahrene Fachkräfte auf Zeit, die ihre Kenntnisse und Kompetenzen zur Verfügung stellen möchten. Sie sind überwiegend als Fach-, Prozess- und Organisationsberater tätig. „Der Einsatz von Entwicklungshelfern zeigt seine Stärke insbesondere da, wo die Umsetzung von Veränderungsprozessen eine kontinuierliche fachliche Begleitung benötigt und nur mittel- bis langfristig zu erreichen ist“, erklärt Mutlu. Auf diese Weise fördert die GIZ den Dialog und die Vernetzung zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft und sorgt für einen umfassenden Transfer von Wissen und Erfahrung.

Das Engagement von Entwicklungshelfern endet nicht nach dem Einsatz im Partnerland. Auch nach der Rückkehr setzen viele von ihnen von Deutschland und Europa aus Veränderungsprozesse in Gang und motivieren andere, aktiv zu werden. Im Vergleich zur deutschen Gesamtbevölkerung engagieren sie sich auch überdurchschnittlich oft ehrenamtlich. Die GIZ hat im Herbst 2013 rund 750 ehemalige Entwicklungshelfer nach ihrem Engagement befragt. Zwei Drittel dieser Gruppe haben sich demnach seit ihrer Rückkehr freiwillig

betätigt, jeder Zweite investiert dafür fünf und mehr Stunden pro Woche. Die Helfer bringen ihre Erfahrungen aus dem Entwicklungsdienst etwa in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in Partnerschaftsvereinen und anderen entwicklungspolitischen Initiativen ein. Sie setzen sich damit für eine weltoffene europäische Gesellschaft und eine gerechte Gestaltung der globalisierten Welt ein. ■

► ANSPRECHPARTNER

entwicklungsdienst@giz.de

www.giz.de/entwicklungsdienst

ENTWICKLUNGSDIENST DER GIZ

Der Entwicklungsdienst der GIZ entsendet engagierte, berufserfahrene Menschen in Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Als Entwicklungshelfer/-innen arbeiten sie bei staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort mit dem Ziel, sie mit Professionalität, Berufserfahrung und interkultureller Sensibilität zu unterstützen und in ihren Fähigkeiten zu fördern.

Die GIZ ist der größte und einzige staatliche Träger der sieben vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung anerkannten Entwicklungsdienste in Deutschland. Der Entwicklungsdienst steht Menschen unabhängig von ihrer religiösen und konfessionellen Weltanschauung offen, vorausgesetzt, sie sind Staatsangehörige eines EU-Landes oder der Schweiz.



LUTZ KRAMER, SÜDAFRIKA, bildete südafrikanische Jugendliche im Gartenbau aus, etwa bei der Aufzucht von Zitronenbäumen.

SÜDAFRIKA



Papierrelief aus der Serie „Ost-West“
der Künstlerin Sylvia Faragó



> AUSSTELLUNG

Atelier Europa

Die jährliche Kunstausstellung der GIZ in Eschborn widmet sich 2014 dem Thema Europa. „Atelier Europa“ versammelt Bilder, Grafiken, Holzarbeiten und Tonobjekte von rund einem halben Dutzend Künstlerinnen und Künstlern aus Polen, Ungarn, Griechenland, Rumänien und Bulgarien. In etwa 80 Werken setzen sie sich formal und thematisch mit ihrer Heimat und der Welt auseinander.

Eine der Künstlerinnen ist Sylvia Faragó aus Budapest, die ihre künstlerische Ausbildung unter anderem an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart erhielt. Die Ungarin schafft Papierreliefs aus handgeschöpften Papieren, die teilweise von anderen Naturmaterialien durchwoben sind. Die unregelmäßige Oberflächenstruktur der Arbeiten erzeugt eine stark haptische und skulptu-

rale Wirkung. Faragós Reliefs der Serie „Ost-West“ erinnern sowohl an rituelle Bildzeichen als auch an die fernöstliche Kunst der Kalligraphie.

„Atelier Europa“ reiht sich ein in die seit 1996 bestehende Tradition, einmal im Jahr zeitgenössische Kunst aus aller Welt zu präsentieren. Während der Ausstellung können Besucher und Mitarbeiter die Werke kaufen.

Am Mittwoch, 3. Dezember, um 18.30 Uhr wird „Atelier Europa“ durch GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner eröffnet.

Ausstellungsdauer: 4. Dezember 2014 bis 28. Februar 2015

Ort: GIZ in Eschborn, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, Haus 1, Foyer und 1. Stock

Öffnungszeiten: montags bis freitags, 9 bis 19 Uhr

> LITERATURTIPP*

Das Geräusch der Dinge beim Fallen

Juan Gabriel Vásquez, Kolumbien

Aus dem Spanischen von Susanne Lange

Schöffling, 296 Seiten

ISBN: 978-3895610080

Bogotá im Jahr 2009. Ein Nilpferd, das aus Escobars ehemaligem Privatzoo ausgebrochen ist, stirbt. Die Nachricht löst beim Erzähler Antonio die Erinnerung an den Mord an einem Bekannten aus, den er hautnah miterlebt hat. Seine Nachforschungen über die Gründe erzählen auf eindringliche Weise davon, wie Drogenhandel und Gewalt das Leben einer ganzen Generation geprägt haben. Genial komponiert.

Anita Djafari, Geschäftsleiterin Litprom

GIZ-PUBLIKATIONEN

Die Publikationen stehen unter www.giz.de/publikationen kostenlos zum Download oder Bestellen bereit.



Imageverbesserung beruflicher Bildung

Deutsch

Ute Clement, Ewald Gold, Klaus Rütters,
Klaus Schneider

Berufliche Bildung wird in den Entwicklungs-, Schwellen- und auch Industrieländern im Vergleich zur allgemeinen oder akademischen Bildung ausnahmslos nur als „zweitbeste Option“

wahrgenommen. Das hat gravierende gesellschaftliche Folgen. Die Studie untersucht Möglichkeiten, das schlechte Image beruflicher Bildung zu verbessern, und füllt damit eine große empirische Lücke.



Assessing development impacts:

lessons from a case study in Ghana

Englisch

Lachlan Cameron, James Falzon,
Michiel Hekkenberg, Deborah Murphy

Die Autoren stellen mit dem „Development Impact Assessment (DIA)“ ein neues Instrument vor, um nachhaltige Auswirkungen klimafreundlicher Projekte auf Entwicklung zu erfassen – hier am Beispiel Ghanas, das bis zum Jahr 2020 zehn Prozent seines Energiehaushalts aus erneuerbaren Quellen bestreiten will.



> LITERATURTIPP*

Flüchtige Seelen

Madeleine Thien, Kanada/Malaysia/China
 Aus dem Englischen von Almuth Carstens
 Luchterhand, 256 Seiten
 ISBN: 978-3630873848

Als Kind gelang Janie die Flucht vor den Roten Khmer. Sie wurde von einer kanadischen Familie adoptiert. Doch die Vergangenheit holt sie wieder ein, als in Montreal ein Kollege verschwindet. Ein psychologisch tiefgründiger und poetisch erzählter Roman, der Gegenwart und Vergangenheit komplex verwebt und der fragt: Bin ich nicht mehr als die Summe meiner Erinnerungen?
Katharina Borchardt, Literaturkritikerin und -redakteurin

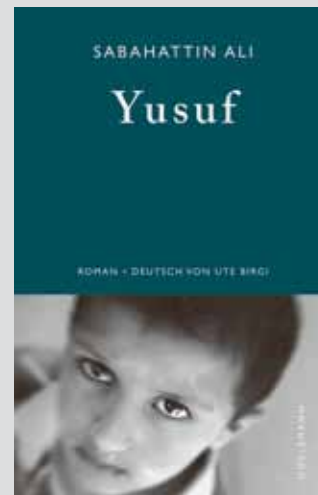


> LITERATURTIPP*

Die Heilige Jungfrau vom Nil

Scholastique Mukasonga, Ruanda
 Aus dem Französischen von Andreas Jandl
 Wunderhorn, 216 Seiten
 ISBN: 978-3884234693

Ruanda, Anfang der 1970er Jahre: Im Mädchenpensionat „Die Heilige Jungfrau vom Nil“ treffen die neuen Schülerinnen ein. Bald schon zeichnen sich unter ihnen Konflikte zwischen Hutu und Tutsi ab. Subtil und geschickt erklärt die Autorin die Mechanismen von Hass und Gewalt – und das fatale Erbe der Kolonialherrschaft, das den Genozid in Ruanda erst möglich machte.
Claudia Kramatschek, Literaturkritikerin und Kulturjournalistin



> LITERATURTIPP*

Yusuf

Sabahattin Ali, Türkei
 Aus dem Türkischen von Ute Birgi
 Dörlemann, 368 Seiten
 ISBN: 978-3038200024

Eine stille Tragödie von archaischer Wucht. Die ergreifende, aber völlig unpathetische Geschichte von Yusuf, einem traumatisierten Waisenkind in Anatolien 1903, dessen Eltern ermordet wurden, das ein Landrat zu sich nimmt und das doch fremd bleibt und zu naiv für seine gerissene Umwelt. Fast unspektakulär und doch überaus fesselnd erzählt.
Cornelia Zetzsche, Literaturredakteurin, -kritikerin und Moderatorin

* Litprom – Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Welttempfänger“ von Litprom entnommen. www.litprom.de



Faszination Verkehr
 Deutsch
 Jörn Breiholz, Michael Netzhammer,
 Dominik Schmid

Das Thema Verkehr stellt die Weltgemeinschaft vor ein Dilemma: Sie muss den Klimawandel bekämpfen, soll aber die Entwicklung der Mobilität nicht einschränken. Denn wo Menschen mobil sind, können sie ihren Lebensunterhalt verdienen und ihre Kinder in weiterführende Schulen schicken. Die GIZ arbeitet in rund zwei Dutzend Ländern an nachhaltigen Verkehrskonzepten und -lösungen.



Guidelines for an Employment and Labour Market Analysis (ELMA)
 Englisch
 Annette Mummert

Die Förderung produktiver und menschenwürdiger Beschäftigung ist eine äußerst komplexe Aufgabe. Das methodische Werkzeug ELMA basiert auf dem interdisziplinären Ansatz der GIZ zur Beschäftigungsförderung und ermöglicht unterschiedlichen Stakeholdern der Entwicklungszusammenarbeit eine besonders tiefgehende Analyse von Arbeitsmärkten.

JASMIN FREISCHLAD,

VERWALTUNGSEXPERTIN

WAS ES HEISST, wenn Menschen vor dem Nichts stehen, hat Jasmin Freischlad hautnah erlebt – Anfang 2004, als sie nach dem verheerenden Tsunami in die indonesische Provinz Aceh ging, um beim Wiederaufbau der Verwaltung und der Organisation der ersten freien Wahlen zu helfen. Bis 2011 blieb die Kulturwirtin mit Studienschwerpunkt Gute Regierungsführung und Menschenrechte in Indonesien. Nach der Katastrophe war die Herausforderung nicht nur, den Überlebenden wieder zu einem Dach über dem Kopf zu verhelfen. Die gesamten öffentlichen Strukturen mussten wiederbelebt werden. Dazu gehörten funktionierende Kommunalverwaltungen, die Geburtsscheine ausstellen, die dafür sorgen, dass Wasser und Strom zuverlässig fließen, und die Infrastrukturen für Gesundheit und Bildung schaffen. „Immer bei dem bleiben zu können, was einem Freude an der Arbeit macht, ist meine wichtigste Erfahrung bei der GIZ“, sagt Jasmin Freischlad. Das gelingt ihr auch in ihrer aktuellen Position: Als Expertin für Verwaltungsreform in der Abteilung „Gute Regierungsführung und Menschenrechte“ bleibt sie ihren Wurzeln treu. Unter anderem unterstützt sie Kollegen weltweit bei der Planung und Evaluierung von Projekten. Ihr Arbeitsplatz ist Eschborn. Und die Welt.

Foto: Dirk Ostermeier

👉 Die GIZ sucht regelmäßig Expertinnen und Experten für Projekteinsätze. Besuchen Sie uns im GIZ-Stellenmarkt: www.giz.de/jobs.

AUTOREN UND FOTOGRAFEN DIESER AUSGABE



DIETRICH ALEXANDER ist stellvertretender Ressortleiter Außenpolitik bei der Welt-Gruppe. Sein Essay ab S. 12 erörtert das Phänomen Europa.



PHILIPP HEDEMANN ist Autor mit den Schwerpunkten humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Er schreibt ab S. 34 über Ernährungssicherung.



TONI KEPPELER ist als Autor auf Lateinamerika spezialisiert und beleuchtet in dieser Ausgabe eine Kooperation in Chile (S. 28).



DIRK OSTERMEIER ist Fotograf. Für diese Ausgabe hat er die GIZ-Mitarbeiterin Jasmin Freischlad in Eschborn besucht und porträtiert (S. 46).



DETLEV TENZER verantwortet die Öffentlichkeitsarbeit des GIZ-Entwicklungsdienstes. In akzente erklärt er die Arbeit der Entwicklungshelfer (S. 42).



BEATE WÖRNER, Autorin mit Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit, hat für akzente malaysische Studierende in Schwaben getroffen (S. 8).



JÖRG BÖHLING ist Fotograf. Im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh nahm er Arbeiter in der Baumwollindustrie auf (S. 26).



DIETER HERRMANN, Australien-Korrespondent der Deutschen Welle, hat für akzente Wiederaufbau-Projekte in Afghanistan besucht (S. 36).



VAKHTANG KUNTSEV-GABA-SHVILI, Fotograf, porträtiert in dieser Ausgabe die georgische Menschenrechtlerin Nino Elbakidze (S. 40).



GABRIELE RZEPKA ist spezialisiert auf Entwicklungspolitik und Technik. Sie schildert ab S. 31, wie es den vom Tsunami zerstörten Regionen heute geht.



GRAEME WILLIAMS ist Fotograf. Für diese Ausgabe porträtierte er den Politikwissenschaftler Gilbert Khadiagala in Johannesburg, Südafrika (S. 24).



JOHANNES WOSILAT, Fotograf, zeigt angehende Ingenieure aus Malaysia, die an Hochschulen in Baden-Württemberg ausgebildet werden (S. 8).

IMPRESSUM

AKZENTE

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn
• Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn,
Tel.: +49 228 44 60-0, Fax: +49 228 44 60-17 66
• Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn,
Tel.: +49 61 96 79-0, Fax: +49 61 96 79-11 15

Dorothee Hutter, Leiterin Unternehmenskommunikation

E-Mail: akzente@giz.de

Internet: www.giz.de/akzente

Verantwortlich: Anja Tomic, stellvertretende Leitung Unternehmenskommunikation (GIZ)

Redaktion und Gestaltung:

GIZ: Heidi Beha (Leitung), Kerstin Nauth, Wolfgang Barina
Frankfurter Societäts-Medien GmbH: Helen Sibum
(Projektleitung), Judith Reker, Oliver Hick-Schulz (Layout),
Corinna Potthoff (Bildredaktion)

Lektorat: textschrittmacher

Produktion/Lithografie: Frankfurter Societäts-Medien GmbH

Druck: SZ-Druck & Verlagsservice GmbH, Troisdorf

Papier: Arctic Volume, nach FSC-Standard zertifiziert

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

Titelbild: Getty Images/Sam Kittner

Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Erscheinungsweise: dreimal jährlich

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe:

November 2014

ISSN: 0945-4497

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

akzente legt Wert auf die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden jedoch nicht durchgehend beide Formen verwendet.



akzente wurde 2014 mit je einem Fox Award in Gold und Silber ausgezeichnet.

VORSCHAU

akzente-Ausgabe 01/15

JUGEND Träume verwirklichen oder einfach nur überleben? Wo und wie geht das? Für die Entwicklung ihrer jeweiligen Länder stellen junge Menschen ein enormes Potenzial dar. Wie kann man dieses fördern, stärken und nutzen? Junge Menschen schaffen und formen neue soziale,

politische und wirtschaftliche Strukturen, sie brauchen aber auch berufliche Perspektiven und Möglichkeiten zur Teilhabe in zukunftsorientierten Gesellschaften. Schwellen-, Industrie- und Entwicklungsländer stehen hier vor großen Herausforderungen.





Die Baustelle ist vielleicht eine der treffendsten Metaphern für das Projekt Europa. Ebenso wie ein gutes Haus hat die Gemeinschaft der europäischen Staaten ein solides Fundament. Darauf kann sie bauen und weiter wachsen.

www.giz.de